



Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht)

9. Nachtrag vom 14. November 2014

zum Basisprospekt für das

Programm zur Begebung von strukturierten Schuldverschreibungen

vom 25. April 2014

Dieser Nachtrag (der "**Nachtrag**") stellt einen Nachtrag gemäß Art 16 der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 04. November 2003 in der Fassung der Richtlinie 2010/73/EG (die "**Prospektrichtlinie**") und gemäß § 6 Kapitalmarktgesetz (das "**KMG**") dar. Dieser Nachtrag ergänzt den Basisprospekt der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") für das Programm zur Begebung von strukturierten Schuldverschreibungen vom 25. April 2014 (der "**Original Basisprospekt**"), wie er durch den 1. Nachtrag vom 16. Mai 2014, den 2. Nachtrag vom 05. August 2014, den 3. Nachtrag vom 29. August 2014, den 4. Nachtrag vom 02. September 2014, den 5. Nachtrag vom 03. Oktober 2014, den 6. Nachtrag vom 09. Oktober 2014, den 7. Nachtrag vom 28. Oktober 2014 und den 8. Nachtrag vom 03. November 2014 geändert wurde (zusammen, die "**Nachträge**", und der Original Basisprospekt zusammen mit den Nachträgen, der "**Basisprospekt**"), und sollte stets gemeinsam mit dem Original Basisprospekt gelesen werden.

Der Original Basisprospekt wurde am 25. April 2014 von der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "**FMA**") gebilligt. Der 1. Nachtrag wurde am 16. Mai 2014 veröffentlicht, hinterlegt und am 19. Mai 2014 von der FMA gebilligt. Der 2. Nachtrag wurde am 05. August 2014 veröffentlicht, hinterlegt und am 06. August 2014 von der FMA gebilligt. Der 3. Nachtrag wurde am 29. August 2014 veröffentlicht, hinterlegt und von der FMA gebilligt. Der 4. Nachtrag wurde am 02. September 2014 veröffentlicht, hinterlegt und von der FMA am 03. September 2014 gebilligt. Der 5. Nachtrag wurde am 03. Oktober 2014 veröffentlicht, hinterlegt und von der FMA am 07. Oktober 2014 gebilligt. Der 6. Nachtrag wurde am 09. Oktober 2014 veröffentlicht, hinterlegt und von der FMA am 09. Oktober 2014 gebilligt. Der 7. Nachtrag wurde am 28. Oktober 2014 veröffentlicht, hinterlegt und von der FMA am 29. Oktober 2014 gebilligt. Der 8. Nachtrag wurde am 03. November 2014 veröffentlicht, hinterlegt und von der FMA am 04. November 2014 gebilligt.

Dieser Nachtrag wurde am 14. November 2014 gemäß den Bestimmungen des KMG veröffentlicht, hinterlegt und bei der FMA in ihrer Eigenschaft als zuständige Behörde zur Billigung eingereicht. Der Original Basisprospekt und die Nachträge stehen dem Publikum am Sitz der Emittentin in gedruckter Form und in elektronischer Form auf der Website der Emittentin (<http://www.volksbank.com/prospekt>) kostenlos zur Verfügung.

Die in diesem Nachtrag verwendeten Definitionen und Abkürzungen haben, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, dieselbe Bedeutung wie im Basisprospekt.

Dieser Nachtrag stellt kein Angebot und keine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder zum Verkauf von Schuldverschreibungen dar.

Soweit Abweichungen zwischen Angaben in diesem Nachtrag und Angaben im Original Basisprospekt (einschließlich der durch Verweis in den Original Basisprospekt aufgenommenen Informationen) bestehen, gehen die Angaben in diesem Nachtrag vor.

Gemäß Art 16 der Prospektrichtlinie und § 6 KMG haben Anleger, die bereits einen Erwerb oder eine Zeichnung der Schuldverschreibungen zugesagt haben, bevor der Nachtrag veröffentlicht wird, das Recht, ihre Zusagen innerhalb von zwei Arbeitstagen nach der Veröffentlichung dieses Nachtrages zurückzuziehen, vorausgesetzt, dass der neue Umstand oder die Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und der Lieferung der Schuldverschreibungen eingetreten ist. Die Rücktrittsfrist endet am 18. November 2014.

Dieser Nachtrag wurde bei der FMA in ihrer Eigenschaft als zuständiger Behörde gemäß KMG zur Billigung eingereicht. Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Nachtrag gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung des Nachtrags durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen

gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft den Nachtrag ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gemäß § 8a Abs. 1 KMG.

Die Emittentin hat weder Vertriebspartner noch sonstige Dritte bevollmächtigt, rechtsverbindliche Erklärungen in ihrem Namen abzugeben oder entgegenzunehmen, noch hat sie Vertriebspartner oder sonstige Dritte ermächtigt, Informationen zu erteilen, die nicht im Einklang mit dem Basisprospekt und diesem Nachtrag stehen. Rechtsverbindliche Erklärungen sind daher von der Emittentin selbst abzugeben und an diese zu richten.

Die Angaben in diesem Nachtrag stellen keine rechtliche, wirtschaftliche oder steuerliche Beratung dar und können diese nicht ersetzen. Es wird jedem Anleger ausdrücklich empfohlen, vor dem Erwerb von Schuldverschreibungen eigene Berater zu konsultieren. Anleger sollten eine eigenständige Beurteilung der rechtlichen, steuerlichen, finanziellen und sonstigen Folgen der mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen verbundenen Risiken durchführen, zumal eine vollständige Beratung eine genaue Kenntnis der persönlichen Verhältnisse eines Anlegers voraussetzt.

Die Schuldverschreibungen wurden und werden weder gemäß dem Securities Act noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert oder gebilligt und dürfen, abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt sind, weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen angeboten, verkauft oder geliefert werden.

WICHTIGE NEUE UMSTÄNDE

Aufgrund des Eintritts wichtiger neuer Umstände in Bezug auf im Basisprospekt enthaltene Angaben im Sinne des § 6 Abs. 1 KMG, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen können, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. DURCH VERWEIS INKORPORIERTE DOKUMENTE

Am 11.11.2014 veröffentlichte die Emittentin die Zwischenmitteilung zum 30.09.2014. Die in der Zwischenmitteilung zum 30.09.2014 enthaltene Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz werden durch Verweis in den Basisprospekt aufgenommen. Deshalb werden folgende Änderungen des Basisprospekts vorgenommen:

In der Tabelle unter der Überschrift "DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE", beginnend auf Seite 4 des Basisprospekts, wird die Tabelle um den folgenden Abschnitt ergänzt:

Zwischenmitteilung der Emittentin per 30. September 2014 (die "Zwischenmitteilung zum 30.09.2014")	
Gewinn- und Verlustrechnung	6
Bilanz zum 30. September 2014	7

2. ZUSAMMENFASSUNG

Im Punkt "B.13 Ereignisse aus jüngster Zeit die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind", beginnend auf Seite 15 des Basisprospekts, wird der Absatz mit der Überschrift "Halbjahres-Finanzbericht zum 30.06.2014", der durch den 3. Nachtrag vom 29. August 2014 in den Basisprospekt aufgenommen wurde, zur Gänze gelöscht und durch folgenden Absatz samt Überschrift ersetzt:

"Zwischenmitteilung per 30. September 2014

Am 11.11.2014 veröffentlichte die Emittentin in der Zwischenmitteilung per 30. September 2014 das Konzernperiodenergebnis für die ersten drei Quartale des Jahres 2014. Das Konzernperiodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen zum 30.09.2014 beträgt EUR -230 Mio. (Vorjahr 30.09.2013: EUR -67 Mio.). Die Bilanzsumme verringerte sich abbaubedingt um EUR 5 Mrd. auf EUR 15,9 Mrd. Das Konzernergebnis der Emittentin für das Jahr 2014 wird voraussichtlich deutlich negativ ausfallen. Die bankrechtlichen Eigenmittel des Volksbanken-Verbundes betragen zum 30.9.2014 rund EUR 4,0 Mrd. Der Gesamtrisikobetrag des Volksbanken-Verbundes belief sich per 30.9.2014 auf rund EUR 24,9 Mrd. Die harte Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt zum 30.9.2014 11,5 %, die Kernkapitalquote ebenfalls 11,5 %. Die Eigenmittelquote beläuft sich zum 30.9.2014 auf 16,0 %."

Im Punkt "B.13 Ereignisse aus jüngster Zeit die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind", beginnend auf Seite 15 des Basisprospekts, wird im Absatz mit der Überschrift "Neuordnung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken", der durch den 5. Nachtrag vom 03. Oktober 2014 in den Basisprospekt aufgenommen wurde, der letzte Absatz, beginnend "Am 02.10.2014 wurde des Weiteren...", gelöscht und durch den folgenden Absatz ersetzt:

"Am 02.10.2014 und am 07.11.2014 wurden des Weiteren in Tagungen sämtlicher Genossenschaftsbanken die Umsetzung einer grundlegenden Neustrukturierung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken beschlossen. Dieser wird zukünftig durch Zusammenschlüsse von kleinen und mittleren Volksbanken aus acht Regionalbanken sowie aus bis zu weiteren drei Spezialkreditinstituten mit gesondert festgelegten Tätigkeitsbereichen bestehen. Ziele dieser Neustrukturierung sind insbesondere die Umsetzung verbesserter Kostenstrukturen und einer stärkeren Marktpräsenz der regionalen Volksbanken und die Möglichkeit, zusätzliche Eigenmittel am Kapitalmarkt platzieren zu können."

3. KAPITEL 5 EMITTENTIN – 5.3. Aktuelle Entwicklungen

In dem auf Seite 93 des Basisprospekts beginnenden Punkt "5.3 Aktuelle Entwicklungen" wird der Punkt "Halbjahres-Finanzbericht zum 30.06.2014", der durch den 3. Nachtrag vom 29. August 2014 in den Basisprospekt aufgenommen wurde, gelöscht und durch den folgenden Punkt ersetzt:

"5.3.5 Zwischenmitteilung per 30. September 2014

Am 11.11.2014 veröffentlichte die Emittentin in der Zwischenmitteilung per 30. September 2014 das Konzernperiodenergebnis für die ersten drei Quartale des Jahres 2014. Das Konzernperiodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen zum 30.09.2014 beträgt EUR - 230 Mio. (Vorjahr 30.09.2013: EUR -67 Mio.). Die Bilanzsumme verringerte sich abbaubedingt um EUR 5 Mrd. auf EUR 15,9 Mrd. Das Konzernergebnis der Emittentin für das Jahr 2014 wird voraussichtlich deutlich negativ ausfallen. Die bankrechtlichen Eigenmittel des Volksbanken-Verbundes betragen zum 30.9.2014 rund EUR 4,0 Mrd. Der Gesamtrisikobetrag des Volksbanken-Verbundes belief sich per 30.9.2014 auf rund EUR 24,9 Mrd. Die harte Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt zum 30.9.2014 11,5 %, die Kernkapitalquote ebenfalls 11,5 %. Die Eigenmittelquote beläuft sich zum 30.9.2014 auf 16,0 %."

Im Punkt "5.3. Aktuelle Entwicklungen", beginnend auf Seite 93 des Basisprospekts, wird nach dem Punkt "5.3.6 Neuordnung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken", der durch den 5. Nachtrag vom 3. Oktober 2014 in den Basisprospekt aufgenommen wurde, der letzte Absatz, beginnend "Am 02.10.2014 wurde des Weiteren...", gelöscht und durch den folgenden Absatz ersetzt:

"Am 02.10.2014 und am 07.11.2014 wurden des Weiteren in Tagungen sämtlicher Genossenschaftsbanken die Umsetzung einer grundlegenden Neustrukturierung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken beschlossen. Dieser wird zukünftig durch Zusammenschlüsse von kleinen und mittleren Volksbanken aus acht Regionalbanken sowie aus bis zu weiteren drei Spezialkreditinstituten mit gesondert festgelegten Tätigkeitsbereichen bestehen. Ziele dieser Neustrukturierung sind insbesondere die Umsetzung verbesserter Kostenstrukturen und einer stärkeren Marktpräsenz der regionalen Volksbanken und die Möglichkeit, zusätzliche Eigenmittel am Kapitalmarkt platzieren zu können."

Auf Seite 123 des Basisprospekts wird der Absatz unter Punkt „5.17 EINSEHBARE DOKUMENTE“ gelöscht und durch den folgenden Absatz ersetzt:

"Die Satzung der Emittentin und die geprüften Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und zum 31.12.2012, die Zwischenmitteilung zum 30.09.2014 sowie der Halbjahres-Finanzbericht zum 30.06.2014 sind während der Gültigkeitsdauer dieses Prospekts am Sitz der Emittentin, während der üblichen Geschäftszeiten, kostenlos verfügbar."

Dieser Prospekt und etwaige Nachträge zum Prospekt sind während der Gültigkeitsdauer dieses Prospekts am Sitz der Emittentin, während der üblichen Geschäftszeiten und in elektronischer Form auf der Internetseite der Emittentin unter <http://www.volksbank.com/prospekt> kostenlos verfügbar."

FREIWILLIGE RICHTIGSTELLUNG

Die Emittentin hat Kenntnis von folgenden Unrichtigkeiten in Bezug auf im Basisprospekt enthaltene Angaben erlangt, die nach ihrer Ansicht nicht wesentlich sind und die Bewertung der Schuldverschreibungen nicht beeinflussen und daher nicht der Nachtragspflicht gemäß § 6 KMG unterliegen, sondern auf freiwilliger Basis richtiggestellt werden:

1. ZUSAMMENFASSUNG

Im Punkt "B.5 Beschreibung der Gruppe der Emittentin und ihrer Stellung darin" Seite 13 des Basisprospekts wird der gesamte Abschnitt gelöscht und der folgende Abschnitt eingefügt:

Die Primärbanken (als zugeordnete Kreditinstitute, bestehend aus 41 regionalen Volksbanken, sechs Spezialbanken, vier Hauskreditgenossenschaften sowie einer Bausparkasse, zusammen die "Primärbanken") bilden gemeinsam mit der Emittentin (als Zentralorganisation) seit 18.09.2012 einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG ("Volksbanken-Verbund"), der einen gemeinsamen Liquiditäts- und Haftungsverbund darstellt. Die Emittentin ist die Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes. Die regionalen Volksbanken sind über die Volksbanken Holding eGen mit 51,6% an der Emittentin beteiligt.

2. KAPITEL 5 EMITTENTIN - 5.3. Aktuelle Entwicklungen

Im Punkt "5.3 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN", beginnend auf Seite 93 des Basisprospekts, werden im Punkt "5.3.7 Ergebnisse der umfassenden Bewertung durch die EZB für den Volksbanken-Verbund", der durch den 7. Nachtrag vom 28. Oktober 2014 in den Basisprospekt aufgenommen wurde, die letzten beiden Absätze, beginnend mit "Innerhalb von zwei Wochen nach..." und "Die Ergebnisse des Stresstests sollen..." ersatzlos gestrichen.

Im Punkt "5.8.3 Volksbanken-Verbund", beginnend auf Seite 111 des Basisprospektes, werden die ersten beiden Absätze, beginnend mit "Der Volksbanken-Verbund (der "**Volksbanken-Verbund**")..." und beginnend mit "Zum Zeitpunkt der Prospektbilligung...", gelöscht und anstatt dieser die folgenden beiden Absätze eingefügt.

"Der Kreditinstitute-Verbund der Volksbanken (der "**Volksbanken-Verbund**") besteht aus den insgesamt 52 Primärbanken und der Emittentin (siehe die Grafik unter "5.8.5 Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken-Verbundes"). Die Primärbanken des Volksbanken-Verbundes bestehen aus 41 regionalen Volksbanken, 6 Spezialbanken und 4 Hauskreditgenossenschaften sowie einer Bausparkasse (start:bausparkasse e.Gen.). Jede Primärbank verfügt über eine Bankkonzession der FMA. Die Schulze-Delitzsch Haftungsgenossenschaft eG kann als Haftungsgesellschaft des Volksbanken-Verbundes für dessen Mitglieder Leistungen zum Beispiel in Form von kurz- und mittelfristigen Liquiditätshilfen, Garantien, und sonstigen Haftungen, nachrangig gestellten Darlehen, Einlösungen fremder Forderungen und Zufuhr von Eigenkapital erbringen.

Der Volksbanken Sektor (der "**Sektor**") besteht aus 54 Kreditinstituten, nämlich den Primärbanken mit Ausnahme der start:bausparkasse, der Emittentin, der VB Factoring Bank AG und der Volksbank Regio Invest Bank AG."

Der gesamte Abschnitt "5.8.5 Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken-Verbundes" auf Seite 112 des Basisprospekts wird gestrichen und durch den folgenden Abschnitt ersetzt:

"5.8.5 Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken-Verbundes



*) Die 52 Primärbanken sind indirekt über die Volksbanken Holding eGen mit ca. 51,6 % an der Emittentin beteiligt. Die rechtlich selbständigen Primärbanken und die Emittentin haben sich zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG zusammengeschlossen und bilden seit 18.09.2012 einen gemeinsamen Liquiditäts- und Haftungsverbund.

***) Die Anzahl der Primärbanken wird sich künftig aufgrund von Fusionen reduzieren

(Quelle: Eigene Angaben der Emittentin)"

3. GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Im Punkt "GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS" wird auf Seite 368 des Basisprospekts nach der Zeile, beginnend mit " 30/360", die folgende Zeile gelöscht:

"**ABV**" meint die Allgemeine Bausparkasse reg.Gen.m.b.H.

Im Punkt "GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS" wird auf Seite 373 des Basisprospekts, nach der Zeile, beginnend mit "PD", die folgenden beiden Zeilen gelöscht und anstatt dieser die folgenden Zeilen eingefügt:

"**Primärbanken**" meint die regionalen Volksbanken, die Spezialbanken, die Hauskreditgenossenschaften und eine Bausparkasse (start:bausparkasse). Die Primärbanken sind:

1. Volksbank Südburgenland eG
2. Volksbank Feldkirchen eG
3. Volksbank Kärnten Süd e.Gen.

4. Volksbank Gmünd eingetragene Genossenschaft
5. Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen
6. VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
7. SPARDA-BANK AUSTRIA Süd eGen
8. Volksbank Alpevorland e.Gen.
9. Volksbank Fels am Wagram e.Gen.
10. Volksbank Marchfeld e.Gen.
11. VOLKSBANK OBERES WALDVIERTEL registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
12. Waldviertler Volksbank Horn registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
13. Volksbank Weinviertel e.Gen.
14. Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e. Gen.
15. Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
16. Spar- und Vorschussverein der Mitarbeiter der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG, reg.Gen.m.b.H.
17. Volksbank Niederösterreich St. Pölten-Krems-Zwettl Aktiengesellschaft
18. Volksbank Donau-Weinland registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
19. Volksbank Tullnerfeld eG
20. Volksbank Niederösterreich Süd eG
21. Volksbank Ötscherland eG
22. Volksbank Bad Goisern eingetragene Genossenschaft
23. Volksbank Bad Hall e.Gen.
24. Volksbank Eferding - Grieskirchen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
25. Volksbank Enns - St. Valentin eG
26. SPARDA-BANK AUSTRIA Nord eGen
27. Volksbank Ried im Innkreis eG
28. Volksbank Schärding-Altheim-Braunau eG
29. Volksbank Almtal e. Gen.
30. Volksbank Strasswalchen-Vöcklamarkt-Mondsee e.G.
31. VOLKSBANK VÖCKLABRUCK-GMUNDEN e.Gen.

32. Volksbank Linz-Wels-Mühlviertel AG
33. Volksbank Oberndorf registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
34. Gärtnerbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
35. Volksbank Salzburg eG
36. Volksbank Steirisches Salzkammergut, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
37. Volksbank Steiermark Mitte AG
38. Volksbank Süd-Oststeiermark e.Gen.
39. Volksbank Obersteiermark e.Gen.
40. Volksbank Tirol Innsbruck-Schwaz AG
41. Volksbank Kufstein-Kitzbühel eG
42. VOLKSBANK LANDECK eG
43. Volksbank Osttirol-Westkärnten eG
44. VOLKSBANK VORARLBERG e. Gen.
45. start:bausparkasse e.Gen.
46. Spar- und Vorschuß-Verein der Beamtenschaft der Oesterreichischen Nationalbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
47. Spar- und Vorschusskasse der Angestellten der "Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group" e.Gen.
48. IMMO-BANK Aktiengesellschaft
49. Bank für Ärzte und Freie Berufe Aktiengesellschaft
50. Spar- und Vorschußverein "Graphik" registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
51. Volksbank Wien-Baden AG
52. Österreichische Apothekerbank eG

Die Anzahl der Primärbanken wird sich künftig aufgrund von Fusionen reduzieren.

Weiters wird im Punkt "GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS", auf Seite 374 des Basisprospekts, nach der Zeile, beginnend mit "Spread", die folgende neue Zeile eingefügt:

"start:bausparkasse" meint die start:bausparkasse e.Gen.

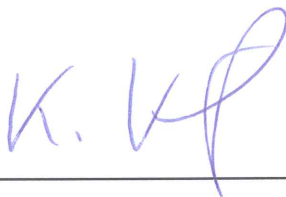
HAFTUNGSERKLÄRUNG

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft mit Sitz in Wien und der Geschäftsanschrift Kolingasse 14-16, 1090 Wien, ist für diesen Nachtrag verantwortlich und erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Nachtrag genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Nachtrags wahrscheinlich verändern können.

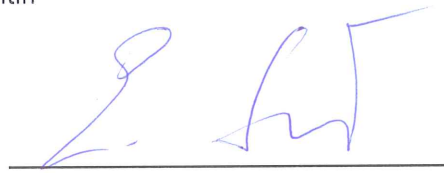
Wien, am **14. NOV. 2014**

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

als Emittentin



Prok. Karl Kinsky, MBA
(Prokurist)



Prok. Mag. Elisabeth Sölkner, MBA
(Prokuristin)

ANHANG ZUM 9. NACHTRAG VOM 14. NOVEMBER 2014

Dieser Anhang zum 9. Nachtrag erhält eine konsolidierte Version der Emittentenbeschreibung.
Dieser Anhang wurde von der Finanzmarktaufsichtsbehörde weder geprüft noch gebilligt.

ANHANG ZUM

9. Nachtrag vom 14. November 2014

zum Basisprospekt für das

Programm zur Begebung von strukturierten Schuldverschreibungen

der

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft

vom 25. April 2014

5. DIE EMITTENTIN

5.1 GESCHÄFTSGESCHICHTE UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Am 4.11.1922 wurde die "Österreichische Zentralgenossenschaftskasse registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung" zur Umsetzung der Ideen von Hermann Schulze-Delitzsch als Schirmorganisation der regionalen Kreditgenossenschaften und Primärbanken gegründet, die Mitglieder des Fachverbands der Kreditgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch waren. Am 10.12.1956 erfolgte die Umbenennung in "Zentralkasse der Volksbanken Österreichs" und im Jahre 1974 die Vereinigung mit der im selben Jahr eigens zu diesem Zweck gegründeten Emittentin. Die Emittentin ist Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbands gemäß § 30a BWG, dem die zugeordneten Kreditinstitute und die Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG (als Haftungsgesellschaft) angehören und fungiert als Servicedienstleister der österreichischen Volksbanken und als unabhängige Geschäftsbank.

Mit Firmenbucheintragung vom 28.9.2012 wurden rückwirkend zum 31.12.2011 (i) die Investkredit Bank AG auf die ÖVAG verschmolzen, (ii) eine Kapitalherabsetzung bei der ÖVAG vorgenommen und (iii) das Grundkapital der ÖVAG mittels Kapitalerhöhung um EUR 484 Mio. auf EUR 577 Mio. erhöht. Die Kapitalherabsetzung betrifft Aktienkapital und Partizipationskapital der Emittentin und wurde in Höhe von 70 % der Nominale dieser Wertpapiere vorgenommen.

Aufgrund der Neuausrichtung der Emittentin liegt ihr geschäftlicher Fokus nun auf der Servicierung der zugeordneten Kreditinstitute und somit geographisch auf Österreich. Geschäfte außerhalb dieses Bereiches (Non-Core Business) sollen abgebaut bzw. verkauft werden.

5.2 JURISTISCHER UND KOMMERZIELLER NAME, SITZ UND RECHTSFORM

Die Emittentin ist eine auf unbestimmte Zeit gegründete Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht und beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch zu FN 116476 p unter der Firma "Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft" eingetragen. Sie ist unter anderem unter den kommerziellen Namen "Volksbank AG" oder "ÖVAG" tätig.

Am 8.7.1974 wurde die Emittentin zu dem Zweck gegründet, die 1922 gegründete "Österreichische Zentralgenossenschaftskasse registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung", welche mit der Emittentin fusioniert wurde, fortzuführen.

Der Sitz und die Geschäftsanschrift der Emittentin lauten Kolingasse 14-16, 1090 Wien, Österreich. Die zentrale Telefonnummer der Emittentin lautet +43 (0) 50 4004 - 0.

5.3 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

5.3.1 Volksbank Rumänien

Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom April 2012 soll der Verkauf der Volksbank Rumänien bis zum 31.12.2015 abgeschlossen sein. Der Verkaufsprozess betreffend die Volksbank Rumänien wurde eingeleitet. Die Volksbank Rumänien hat vor Ende 2013 ein finales Angebot für den Verkauf eines großen Teils ihres Non-performing Loans Portfolios erhalten. Per Ende 2013 betrug die Eigenmittelquote 18,65%.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51 %ige Beteiligung an der Volksbank Rumänien. Die Volksbank Rumänien wird aufgrund der gemeinschaftlichen Führung mit konzernfremden Dritten im Jahresabschluss 2013 der Emittentin at equity bewertet. Der Anteil an der Volksbank Rumänien wird über die VBI Beteiligungs GmbH gehalten. Der Buchwert der Volksbank Rumänien wurde von der Emittentin in der Vergangenheit bereits vollständig abgeschrieben. Aufgrund einer im ersten Halbjahr 2013 durchgeführten Neubewertung von Immobiliensicherheiten sowie infolge drohender Prozessrisiken waren im laufenden Geschäftsjahr von der Volksbank Rumänien signifikante Risikovorsorgen zu erfassen. Zur Stabilisierung der Eigenmittelquoten der Volksbank Rumänien wurde seitens der Eigentümer im Oktober 2013 eine Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt EUR 120 Mio. durchgeführt. In Kombination mit der Eigenmittelplanung gemäß Basel III errechnet sich ein deutlich gesteigener Eigenmittelbedarf der Volksbank Rumänien.

5.3.2 Keine Zinszahlungen auf Ergänzungskapital für die Geschäftsjahre 2012 bis 2015

Aufgrund ihrer negativen Ergebnisse wurden von der Emittentin für das Geschäftsjahr 2012 keine Zinsen auf Ergänzungskapital gezahlt. Für die Geschäftsjahre 2013 bis 2015 kann aufgrund der Restrukturierungsmaßnahmen und der zu erwartenden negativen Ergebnisse der Emittentin auf Einzelinstitutsebene ebenfalls nicht von Zinszahlungen der Emittentin auf Ergänzungskapital ausgegangen werden.

5.3.3 Umstrukturierungsmaßnahmen der Emittentin

Im September 2012 genehmigte die Europäische Kommission den umfassenden Umstrukturierungsplan der Emittentin. Diese Genehmigung umfasst nicht nur die Maßnahmen, die bereits 2009 eingeleitet wurden, sondern auch die Ende April 2012 vereinbarten Unterstützungsleistungen der Republik Österreich an die ÖVAG (Herabsetzung des Bundes-Partizipationskapitals um 70% und Zeichnung einer Kapitalerhöhung im Ausmaß von EUR 250 Mio). Unter anderem sind in dem nunmehr genehmigten Umstrukturierungsplan bis 31.12.2017 (Umstrukturierungsphase) folgende Maßnahmen auf Ebene der Emittentin vorgesehen (Details zum Zusagenkatalog sind als Anhang des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 19.09.2012 über die staatliche Beihilfe derzeit abrufbar unter http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_31883):

- Reduzierung der Bilanzsumme der Emittentin bis zum 31.12.2017 schrittweise auf EUR 18,39 Mrd. (zum Stichtag 31.12.2013: EUR 20,9 Mrd.); Reduzierung der Summe der risikogewichteten Aktiva (RWA) bis zum 31.12.2017 schrittweise auf EUR 10,08 Mrd. (zum Stichtag 31.12.2013: EUR 9,6 Mrd.).

- Begrenzung des Kerngeschäftes auf Geschäfte mit Verbundbezug (Fokussierung auf die Funktion als Zentralorganisation im Volksbanken Kreditinstitute-Verbund und auf die Bereitstellung sowie Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden). Aufgabe von Geschäftsbereichen außerhalb des Kerngeschäftes wie im Umstrukturierungsplan bezeichnet.
- Veräußerung der Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank, der VB-Leasing International Holding GmbH, der Volksbank Malta Limited, der Investkredit International Bank p.l.c., Malta sowie an der Volksbank Rumänien.
- Verbot der Ausschüttung von Dividenden bis einschließlich für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2017 endet (Dividendenverbot auf Aktien und Partizipationskapital, sowie Zertifikate darauf).
- Verbot der Zahlungen auf gewinnabhängige Eigenkapitalinstrumente (wie hybride Finanzinstrumente und Genussscheine), soweit diese nicht zwingend vertraglich oder gesetzlich geschuldet sind.

Von diesen Auflagen sind Ergänzungskapitalemissionen der Emittentin nicht betroffen.

Ferner hat die ÖVAG alle geeigneten Maßnahmen zu setzen, um die Republik Österreich aus ihrer Stellung als Partizipant bis unmittelbar nach dem 31.12.2017 vollständig zu entlasten.

5.3.4 Joint Risk Assessment and Decision (JRAD-Verfahren)

Im Mai 2014 hat die FMA mittels Bescheid, basierend auf einem grenzüberschreitenden Entscheidungsverfahren (*Joint Risk Assessment and Decision* - "JRAD"), dem Volksbanken-Verbund aufgetragen, eine Mindesteigenmittelquote von 13,6% vorzuhalten. Da die Gesamtkapitalquote des Volksbanken-Verbundes zum Zeitpunkt der Bescheiderlassung über diesem Erfordernis lag, war auch keine Umsetzungsfrist vorzusehen. Die Höhe der Mindesteigenmittelquote dient als Festlegung einer Untergrenze bis zum Abschluss des nunmehr für das Jahr 2014 bereits anlaufenden grenzüberschreitenden Entscheidungsverfahrens im Sinn des § 77c BWG. Die zum Zeitpunkt der Billigung des Prospekts vorliegende Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre ab 2015 zeigt ein deutliches Absinken der Eigenmittelquoten im Volksbanken-Verbund. Dies resultiert vor allem aus Eigenmittelreduktionen aufgrund:

- der Vereinbarungen mit der Republik Österreich bzw. der Europäischen Kommission (Wegfall der regulatorischen Anrechenbarkeit des Partizipationskapitals 2009 im Ausmaß von EUR 300 Mio., Verlust der Anrechenbarkeit von Minderheitsbeteiligungen und Kapital-Unterschiedsbeträgen im Ausmaß von knapp EUR 500 Mio. aufgrund des Verkaufs von VB Leasing International Holding GmbH und der Volksbank Rumänien im Geschäftsjahr 2014 und 2015),
- Effekte, die sich aus Basel III ergeben (zeitlich abgestufte Verringerung der regulatorischen Anrechenbarkeit des Haftsummenzuschlags als Eigenmittel im Ausmaß von mehr als EUR 300 Mio. und des Partizipationskapitals im Volksbanken-Verbund im Ausmaß von EUR 180 Mio.) sowie
- Belastungen aus dem weiteren Abbau des Non Core Portfolios der Emittentin.

Entsprechend der Mittelfristplanung des Volksbanken-Verbundes entsteht daraus ab dem Geschäftsjahr 2015 eine Unterdeckung des zu erwartenden erhöhten Kapitalerfordernisses. Im Hinblick darauf ist eine weitere Reduktion der Primärbanken durch Fusionen in Planung.

5.3.5 Zwischenmitteilung per 30. September 2014

Am 11.11.2014 veröffentlichte die Emittentin in der Zwischenmitteilung zum 30.09.2014 das Konzernperiodenergebnis für die ersten drei Quartale des Jahres 2014. Das Konzernperiodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen zum 30.09.2014 beträgt EUR -230 Mio. (Vorjahr 30.09.2013: EUR -67 Mio.). Die Bilanzsumme verringerte sich abbaubedingt um EUR 5 Mrd. auf EUR 15,9 Mrd. Das Konzernergebnis der Emittentin für das Jahr 2014 wird voraussichtlich deutlich negativ ausfallen. Die bankrechtlichen Eigenmittel des Volksbanken-Verbundes betragen zum 30.9.2014 rund EUR 4,0 Mrd. Der Gesamtrisikobetrag des Volksbanken-Verbundes belief sich per 30.9.2014 auf rund EUR 24,9 Mrd. Die harte Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt zum 30.9.2014 11,5 %, die Kernkapitalquote ebenfalls 11,5 %. Die Eigenmittelquote beläuft sich zum 30.9.2014 auf 16,0 %.

5.3.6 Neuordnung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken

Der Vorstand der ÖVAG hat am 02.10.2014 den Grundsatzbeschluss gefasst, die ÖVAG im Rahmen einer weiteren Restrukturierung neu zu organisieren und im ersten Halbjahr 2015 eine Teilung der ÖVAG vorzunehmen. Im Zuge der Teilung ist geplant, bestimmte Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Rechtsverhältnisse im Wege der Gesamtrechtsnachfolge von der ÖVAG als übertragende Gesellschaft auf eine große regionale Volksbank als übernehmende Gesellschaft zu übertragen.

Davon werden einerseits diejenigen Geschäftsfelder umfasst sein, die zum Kerngeschäft der ÖVAG zählen, andererseits jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken gemäß § 30a BWG wahrnimmt. Die übernehmende regionale Volksbank wird zukünftig die Funktion als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken gemäß § 30a BWG wahrnehmen.

Jene Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Rechtsverhältnisse der ÖVAG, die nicht übertragen werden, verbleiben in der ÖVAG und werden in der Folge zur Gänze abgewickelt. Die ÖVAG wird danach aus dem Kreditinstitute-Verbund der Volksbanken ausscheiden.

Die Zuordnung von einzelnen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Rechtsverhältnissen der ÖVAG, insbesondere der unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen, zu der übertragenden oder der übernehmenden Gesellschaft erfolgt noch. Die endgültige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt aufsichtsrechtlicher Genehmigungen.

Am 02.10.2014 und am 07.11.2014 wurden des Weiteren in Tagungen sämtlicher Genossenschaftsbanken die Umsetzung einer grundlegenden Neustrukturierung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken beschlossen. Dieser wird zukünftig durch Zusammenschlüsse von kleinen und mittleren Volksbanken aus acht Regionalbanken sowie aus bis zu weiteren drei Spezialkreditinstituten mit gesondert festgelegten Tätigkeitsbereichen bestehen. Ziele dieser Neustrukturierung sind insbesondere die Umsetzung verbesserter Kostenstrukturen und einer stärkeren Marktpräsenz der regionalen Volksbanken und die Möglichkeit, zusätzliche Eigenmittel am Kapitalmarkt platzieren zu können.

5.3.7 Ergebnisse der umfassenden Bewertung durch die EZB für den Volksbanken-Verbund

Am 26.10.2014 gab die EZB die Ergebnisse der von ihr in Vorbereitung der Übernahme der Aufsichtsfunktion im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (*Single Supervisory Mechanism* - "**SSM**") durchgeführten umfassenden Bewertung ("**Comprehensive Assessment**") bekannt. Der Volksbanken-Verbund war Teil des von der EZB durchgeführten Comprehensive Assessment, das sich aus der Prüfung der Aktiva-Qualität (*Asset*

Quality Review – "AQR") und einem vorausschauenden Stresstest für die Kreditinstitute zusammensetzte.

Im Rahmen des AQR wurde geprüft, ob die Aktiva in den Bankbilanzen zum 31.12.2013 ordnungsgemäß bewertet wurden.

Beim Stresstest wurde die Krisenfestigkeit der Banken unter der Annahme einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung ("**Basisszenario**") und einer sehr negativen Entwicklung ("**adverses Szenario**") einer Prüfung unterzogen. Im Basisszenario und in der AQR mussten die Kreditinstitute eine harte Kernkapitalquote von mindestens 8% (*Common Equity Tier 1 capital ratio* – "**CET 1-Quote**") erfüllen, im adversen Szenario galt eine CET 1-Quote von mindestens 5,5%.

Zwar erfüllte der Volksbanken-Verbund in beiden Szenarien die Mindestquoten für die Jahre 2014 und 2015, unterschritt diese jedoch deutlich in beiden Szenarien für das Jahr 2016, vor allem im adversen Szenario. Die für den Volksbanken-Verbund für das Jahr 2016 festgestellte Kapitallücke beträgt im Basisszenario EUR 191 Mio und im adversen Szenario EUR 865 Mio.

5.3.8 Rating Herabstufung

In einer Presseaussendung vom 30.10.2014 hat die Ratingagentur Moody's Investors Service Ltd. die Herabstufung von Ratings betreffend die Emittentin wie folgt bekanntgegeben:

- Herabstufung der Ratings für nicht-nachrangige unbesicherte Verbindlichkeiten (*senior unsecured debt*), Einlagen (*deposits*) und des Emittenten-Ratings um zwei Stufen (notches) von Ba3 auf B2; und
- Herabstufung des Ratings für nachrangige Anleihen (*senior subordinated*) von Caa2 auf Ca;

wobei diese Ratings hinsichtlich einer weiteren Herabstufung geprüft werden. Die jüngst veröffentlichten Restrukturierungspläne der ÖVAG haben nach Angaben der Ratingagentur zu dieser Herabstufung beigetragen.

5.4 RATING

www.volksbank.com/investor_relations/ratingwww.moodys.comwww.fitchratings.com Die Emittentin hat folgende Ratings erhalten: Moody's: "B2" (zu Moody's siehe unten); und Fitch: "BBB-, mit erhöhter Wahrscheinlichkeit einer weiteren Herabstufung" (zu Fitch siehe unten). Der Vertrag mit Moody's wurde mit 31.08.2013 von der Emittentin gekündigt. Das Rating von Moody's wurde von der Emittentin nicht beauftragt.

Detaillierte Informationen zu den Ratings der Emittentin können auf der Website der Emittentin (http://www.volksbank.com/investor_relations/rating) abgerufen werden. Allgemeine Informationen zur Bedeutung der Ratings und zu den Einschränkungen, die im Zusammenhang damit beachtet werden müssen, können auf der Homepage von Moody's Investors Service Ltd. (<https://www.moodys.com>) und Fitch Ratings Ltd. (<https://www.fitchratings.com>) abgerufen werden.

Moody's Investors Service Ltd. ("**Moody's**") ist beim Companies House in England registriert und hat die Geschäftsanschrift One Canada Square, Canary Wharf, London E14 5FA, England.

Fitch Ratings Ltd. ("**Fitch**") ist beim Companies House in England registriert und hat die Geschäftsanschrift in North Colonnade, London E14 5GN, England.

Fitch und Moody's sind in der Europäischen Union niedergelassen und sind gemäß Verordnung (EG) 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Ratingagenturen in der geltenden Fassung (die "**EU-Kreditratingagentur-Verordnung**") registriert. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (*European Securities and Markets Authority*, die "**ESMA**") veröffentlicht auf ihrer Internetseite (<http://www.esma.europa.eu>) eine Liste von Ratingagenturen, die gemäß der EU-Kreditagentur-Verordnung zugelassen sind. Diese Liste wird innerhalb von fünf Arbeitstagen nach der Annahme der Entscheidung gemäß Art 16, 17 oder 20 der EU-Kreditrating-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht solche Updates im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach einer solchen Aktualisierung.

Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Schuldverschreibungen und kann jederzeit von der Rating Agentur ausgesetzt, geändert oder entzogen werden.

5.5 GESCHÄFTSÜBERBLICK

Gemäß der Satzung ist der unternehmerische Hauptzweck der Emittentin die Förderung der Interessen von Genossenschaften und deren Mitgliedern sowie von Unternehmungen anderer Rechtsform des gewerblichen Mittelstandes. Die Emittentin ist das zentrale Geld- und Kreditinstitut und die Zentralorganisation der Kreditinstitute, die dem Fachverband der Kredit-Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch angeschlossen und der Gesellschaft als Mitglied des Kreditinstitute-Verbundes (§ 30a BWG) zugeordnet sind. Die Emittentin übernimmt als Spitzeninstitut und als Zentralorganisation der österreichischen Volksbanken dabei die folgenden Aufgaben für die österreichischen Volksbanken zu übernehmen:

- die Funktionen der Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes nach § 30a BWG wahrzunehmen, einschließlich Weisungen zur Sicherstellung der Einhaltung der bankrechtlichen Aufsichtsanforderungen an die zugeordneten Kreditinstitute zu erteilen;
- die ihr zur Verfügung gestellten flüssigen Mittel der zugeordneten Kreditinstitute, vor allem deren Liquiditätsreserven, zu verwalten und anzulegen;
- den zugeordneten Kreditinstituten Kredite, Kredithilfe und vorübergehende Liquiditätshilfe zu gewähren, für entsprechende Liquidität, etwa im Wege von Wertpapieremissionen, zu sorgen sowie ihren Geld- und Geschäftsverkehr untereinander und mit Dritten zu erleichtern;
- den bargeldlosen Zahlungsverkehr und sonstige bankmäßige Dienstleistungen durchzuführen, zu pflegen, technisch weiterzubilden und dafür zu werben;
- fundierte Bankschuldverschreibungen auszugeben;
- die zugeordneten Kreditinstitute bei ihren Vertriebsbemühungen zu unterstützen;
- die Interessen der zugeordneten Kreditinstitute zu vertreten;
- gemeinsam mit den zugeordneten Kreditinstituten das Konsortialkreditgeschäft zu fördern; und

den wertschonenden Abbau von Aktiva ohne strategische Bedeutung für die Gesellschaft zu betreiben.

Beschreibung der Kernsegmente Das Kerngeschäft der Emittentin ist die Funktion als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes und somit alle damit im Zusammenhang stehenden Leistungen für alle Mitglieder des Volksbanken-Verbundes. Die Emittentin beschränkt sich auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die regionalen Volksbanken und deren Kunden. Zudem ist die Emittentin in ihrer Funktion als Zentralorganisation für ein zentrales, verbundweites Risikomanagement zuständig. Jene Geschäftsfelder der Emittentin, die nicht mehr als Kerngeschäft definiert sind, werden mittelfristig abgebaut (*Non-core Business*). Die Tätigkeit der Emittentin gliedert sich in folgende Geschäftssegmente:

Kernsegment Finanzierung

Das Segment Finanzierung umfasst die Geschäftsfelder Kommerzgeschäft – Konsortialservice, Strukturierte Finanzierungen mit den Schwerpunkten Förderungen und Exportfinanzierungen, die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. (die "VBLF") und die VB Factoring Bank AG. Aufgabe des Segments Finanzierung ist es, die regionalen Volksbanken durch gemeinsame Betreuung der bestehenden Kunden zu unterstützen sowie hinsichtlich Neugeschäftsmöglichkeiten zu beraten und zu servicieren. Die Unterstützung erfolgt durch die Beurteilung von Projekt- und Finanzierungsrisiken, die Übernahme von Kreditrisiken im Rahmen von konsortialen Finanzierungen.

Die Kernaufgabe des Bereichs *Kommerzgeschäft – Konsortialservices* ist die Unterstützung der regionalen Volksbanken in der Marktbearbeitung im Kommerzgeschäft, in der Betreuung ihrer Bestandskunden sowie in der Gewinnung von Neukunden. Das Konsortialgeschäft ist für den Volksbanken-Verbund einer der wichtigsten strategischen Faktoren für die Umsetzung des Geschäftsmodells in der Betreuung der Klein- und Mittelbetriebe und dem Mittelstand in Österreich. Dem Kernsegment Finanzierung ist auch der Bereich *Strukturierte Finanzierungen* zuzuordnen und umfasst die Servicierung des Konsortialgeschäfts der regionalen Volksbanken sowie die Förderungen sowie Projekt- und Exportfinanzierungen. Neue Finanzierungen werden durch die regionalen Volksbanken generiert, die damit österreichische Klein- und Mittelbetriebe in ihrem Wachstum fördern. Bei Handelsfinanzierungen konzentriert sich die Emittentin vorwiegend auf die Abwicklung des Dokumentengeschäfts mit Akkreditiven und Garantien für Kunden des Volksbanken-Verbundes.

Die VBLF ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Emittentin und im Bereich des Kraftfahrzeug- und Mobilien-Leasings tätig und betreut die österreichische Leasingaktivität des ÖVAG Konzerns. Neben dem Eigenvertrieb ist die VBFL Servicedienstleister für den Volksbanken-Verbund. Die VLF betreut ihre Kunden in in den Geschäftsfeldern PKW, Transport, Büroautomation und Maschinen. Die VB Factoring Bank Aktiengesellschaft ist ebenfalls eine 100%ige Tochtergesellschaft der Emittentin und erstellt ein spezielles Factoringmodell für die Zielgruppe Klein- und Mittelbetriebe. Ein entscheidender Schritt in die Umsetzung einer verbundweiten Mittelstandsstrategie für das aktuelle Geschäftsjahr wird die Akquisitionsunterstützung der Volksbanken bei der Gewinnung von Firmenkunden aus dem Mittelbetriebe segment und ausgewählte größere Kunden - dem österreichischen Mittelstand – sein. Damit sollen österreichweit profitable Geschäftsfelder erschlossen werden, welche den Abbau unprofitabler Assets mittelfristig kompensieren sollen. Für 2014 ist es erneut eines der wesentlichen Ziele, Factoring bei den Volksbanken noch besser zu verankern und die Kundenanzahl- und das Geschäftsvolumen mit weiter auszubauen. Im Zuge der Marktoffensive für KMU soll Factoring bei den Kunden der Volksbanken als Instrument zur Sicherung der Liquidität verstärkt zum Einsatz kommen.

Kernsegment Financial Markets

Das Segment Financial Markets umfasst die Bereiche Financial Markets & Group Treasury sowie Capital Markets Products & Sales. Die Immo Kapitalanlage AG und die Direktbank LiveBANK sind ebenfalls diesem Segment zugeordnet. Das Segment Financial Markets bündelt sämtliche Finanzmarktdienstleistungen. Zentraler Auftrag ist die Servicierung, die Beratung und die Unterstützung der regionalen Volksbanken und der institutionellen Kunden der ÖVAG. Financial Markets & Group Treasury: Der Bereich Financial Marktes & Group Treasury ist für zentrale Themen der Gesamtbanksteuerung der ÖVAG und des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Hauptaufgaben sind die Liquiditätsteuerung und die Liquiditätsveranlagung, das Zinsrisikomanagement, Market Execution sowie die Analyse von Staaten, Banken, Versicherungen und Unternehmen.

Der Geschäftsbereich *Financial Markets Execution* ist der Intermediär für Geld- und Kapitalmarkttransaktionen des ÖVAG Konzerns und des Volksbanken-Verbundes. Hauptaufgaben sind die Beschaffung kurz- und langfristiger Liquidität, das Management von Zins- und Währungsrisiken, das Ordermanagement für die Verbundbanken, Market Execution sowie Hedging Aktivitäten. Die zentrale strategische Steuerung der Liquidität des Volksbanken-Verbundes in regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht ist Aufgabe der ÖVAG als Zentralorganisation und wird vom Bereich *Asset Liability Management Bankbuch* wahrgenommen. Das Leistungsspektrum umfasst sowohl den kurzfristigen Liquiditätsausgleich zwischen den Instituten der Primärstufe als auch die strukturelle und strategische Ausrichtung der Liquiditätsposition des Volksbanken-Verbundes. Auf Basis einheitlicher Planungs- und Überwachungsvorgaben wird die Liquiditätsstruktur im ÖVAG Konzern sowie im Volksbanken-Verbund gesteuert. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass alle regulatorischen und bankbetrieblichen Liquiditätserfordernisse erfüllt werden. Eine transparente Liquiditätskostenverrechnung, die eine verursachergerechte Verteilung der Liquiditätskosten ermöglicht, wurde implementiert. Die Kooperation mit den Volksbanken im Rahmen des Collateral-Programms zur Einbringung von Sicherheiten in den hypothekarischen Deckungsstock der ÖVAG trägt zur Diversifikation der Refinanzierungsquellen und zur Erhöhung des Liquiditätspotentials bei.

Das strategische *Asset Liability Management Bankbuch* beinhaltet den gesamten regulatorisch und bankbetrieblich erforderlichen Wertpapierbestand sowie sonstige Kapitalmarktveranlagungen. Im Geschäftsjahr 2013 wurden innerhalb des Bankbuchs zwei wesentliche strategische Umschichtungen vorgenommen. Einerseits wurde entsprechend der Abbauziele eine substantielle Reduzierung von Bankbuchpositionen unter RWA-, Risiko- und Ertragsgesichtspunkten durchgeführt, andererseits wurde die Ausrichtung des Bankbuchs auf die neuen regulatorischen Bestimmungen durch Basel III vorangetrieben. Das positive Marktumfeld wurde dazu genutzt, den Großteil des Verbriefungsportfolios durch Verkäufe abzubauen. Zudem wurde begonnen, das Bankbuch an die ab 2015 geltenden regulatorischen Anforderungen bezüglich der Liquidity Coverage Ratios anzupassen. Aus diesem Grund wurde ein Portfolio von Pfandbriefen (Covered Bonds) aufgebaut. In der Zinsbuchsteuerung führten die Abbaumaßnahmen der Non-core Segmente zu Veränderungen in der Bilanzstruktur. Um größere Verwerfungen im Zinsergebnis zu vermeiden, wurde mit entsprechenden Absicherungsmaßnahmen gegengesteuert.

Die Abteilung *Banks & Credit Markets* ist verantwortlich für die fundamentalanalytische Beurteilung von Banken- und Unternehmensrisiken mit dem Schwerpunkt Kapitalmarkt, die Linieneinräumungen für Unternehmen und Banken im strategischen Bankbuch bzw. im Rahmen der A-Depot Veranlagungen der regionalen Volksbanken, das Relationship-Management für Banken, institutionelle Kunden und Tochterunternehmen der ÖVAG. Die unbesicherten Bank- und Unternehmensrisiken des Bankbuchs der ÖVAG, die durch Banks & Credit Marktes gesteuert werden, sind zu einem guten Teil regulatorisch und bankbetrieblich verwertbar. Der nicht verwertbare Bestand, im wesentlichen Anleihen mit kurzfristigem Fälligkeitsprofil, wurde 2013 substantiell reduziert. Der Fokus bleibt unverändert auf dem zeitnahen Abbau weiterer Positionen unter Berücksichtigung von Risiko/Ertrags-Gesichtspunkten.

Im Bereich *Capital Markets Products & Sales* sind alle Kapitalmarkt- und Finanzprodukte der ÖVAG (unter der Marke "Volksbank Investments"), die Absicherungs- und Finanzdisposition für die Volksbanken und deren Kunden (unter der Marke "Treasury Solutions") sowie die Sales Aktivitäten zusammengefasst.

Der Tätigkeitsbereich der Immo Kapitalanlage AG umfasst sowohl die Auflage von offenen Immobilienfonds für Privatinvestoren als auch von Immobilienspezialfonds für institutionelle Anleger. Die Immo Kapitalanlage AG verwaltet einen offenen Immobilienfonds, den „immofonds 1“. Der immofonds 1 umfasst zum Zeitpunkt der Prospektbilligung 22 Objekte in den stabilen Märkten Österreich und Deutschland. Der Fokus liegt auf Gewerbeimmobilien wie Fachmarktzentren, Bürogebäude, Hotels und Ärztezentren.

Segment Non-core Business (Nicht-Kerngeschäft)

Hauptaufgabe des Non-Core Business ist der fokussierte und aktive Abbau der verantworteten Kreditportfolien mit dem Ziel, sowohl die RWA – als auch die Liquiditätssituation der Bank zu verbessern. Das Non-core Business wird in vier Segmente aufgeteilt:

- Segment Non-core Unternehmen
- Segment Non-core Immobilien
- Segment Non-core Retail
- Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

Das Segment *Non-core Unternehmen* umfasst die Geschäftsfelder Firmenkunden Österreich, Leveraged Finance Österreich/CEE/Deutschland, Internationale Projektfinanzierungen und Erneuerbare Energie sowie die Aktivitäten im Bereich Private Equity-Funds Investments. Hauptaufgabe des Segments ist der fokussierte und aktive Abbau von Portfolien der ehemaligen Bereiche "Corporate Finance" und "Corporate Banking" mit dem Ziel, sowohl die RWA- als auch die Liquiditätssituation der Bank zu verbessern. Das bereits im Jahr 2012 forcierte Ziel der Obligo-Reduktion und RWA-Entlastung wurde weiter fortgesetzt. Von den ursprünglich über EUR 3 Mrd. RWAs auf der Kreditseite, konnte 2013 bis auf EUR 375 Mio. bereits abgebaut werden. Eine wesentliche Maßnahme dabei war ein substanzieller Portfoliideal mit der RZB-Gruppe, bei dem ein Kreditvolumen in Höhe von EUR 631,6 Mio. vorzeitig abgebaut werden konnte. Daher wurde der Bereich Non Core Business Corporate Customers mit Jahreswechsel aufgelöst. Der verbleibende Rest mit einem regionalen Schwerpunkt auf Österreich und weiteren Engagements beispielsweise in Deutschland, Ungarn, Polen und Spanien, wird nun von der zweiten Abbaueinheit (Immobilien) mitbetreut.

Auch im Bereich Private Equity – Funds Investments wurden 2013 Maßnahmen zur Volumensreduktion und Kapitalfreisetzung getätigt. Es wurde ein strukturierter Verkaufsprozess eingeleitet und in einem zweistufigen Bieterverfahren durchgeführt. Eine Teiltransaktion wurde noch im Dezember 2013 abgeschlossen. Das noch verbleibende Private Equity-Portfolio von EUR 140 Mio. befindet sich noch im Verkaufsprozess.

Das Segment *Non-core Immobilien* umfasst die Finanzierung von gewerblichen Immobilienprojekten, zugehörigen Work-Out Aktivitäten sowie das Asset Management der Eigenobjekte und die Immobilienleasingfinanzierung der VB Real Estate Services GmbH. Die Konzentration in den Portfolien liegt primär in Österreich, CEE und SEE. Entsprechend der Zielsetzung, das Segment Non-core Immobilien strukturiert und werterhaltend abzubauen, wurden im Geschäftsjahr 2013 weitere Maßnahmen umgesetzt, wie der Verkauf zahlreicher Büroobjekte in Wien. In 82 Transaktionen konnte ein Volumen von EUR 912 Mio. abgebaut werden. Die entsprechende Entlastung von risikogewichteten Aktiva beläuft sich mit 31.12.2013 auf rund EUR 670 Mio.

Der geographische Schwerpunkt der Immobilienfinanzierung liegt in Tschechien, Rumänien, Polen, Österreich und Ungarn. Im Geschäftsjahr 2013 wurden durch aktive Abbaumaßnahmen Kredite im Ausmaß von rund EUR 490 Mio. vorzeitig rückgeführt. Daraus ergibt sich eine RWA Reduktion in Höhe von rund EUR 395 Mio. Unter den Abbauprojekten findet sich auch das Übernahmepaket von Kreditforderungen der RZB-Gruppe mit insgesamt Volumina in Höhe von rund EUR 170 Mio. Die Kreditengagements in Moskau und Saratov wurden vollständig rückgeführt und damit der Ausstieg aus dem russischen Markt vollzogen. Das Immobilienleasingportfolio konnte zusätzlich zur natürlichen Abreifung um rund EUR 300 Mio. abgebaut werden, das entspricht einer RWA Entlastung in Höhe von rund EUR 200 Mio. Darunter befindet sich auch die Übertragung eines österreichischen Leasingengagements an die RZB-Gruppe mit einem Volumen in Höhe von rund EUR 34 Mio. Teile des Immobilieneigenbestandes sowie Minderheitsbeteiligungen an Immobiliengesellschaften in Österreich, Deutschland, Tschechien, Rumänien und Bulgarien konnten erfolgreich am Markt platziert werden. Die Beteiligung an einer – an der Londoner Börse gelisteten – Immobiliengesellschaft konnte gemeinsam mit einem notleidenden Kreditportfolio veräußert werden. Anfang Juli 2013 wurden sechs Immobilien im ersten und neunten Wiener Gemeindebezirk im Rahmen eines Bieterverfahrens um insgesamt über EUR 90

Mio. verkauft. Das Volumen an „Investment Property“ verringerte sich im Jahr 2013 von rund EUR 287 Mio. per Ende 2012 auf rund EUR 250 Mio.

Das Segment *Non-core Bankbuch/Allgemein* beinhaltet alle Teile des Bankbuchs, die gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden sollen. Die Volksbank Malta Limited sowie Holdinggesellschaften von Beteiligungen im Non-core Bereich wurde ebenfalls diesem Segment zugeordnet. Das Segment Non-core Immobilien wird künftig gemeinsam mit dem Segment Non-core Unternehmen zusammengefasst, um eine dem reduzierten Geschäftsvolumen entsprechende Managementstruktur zu schaffen, Synergien zu heben und Kosten zu reduzieren. Der Fokus liegt weiterhin auf der Reduktion des Risikogehaltes und der Kapitalbindung des Portfolios.

Das Segment *Non-core Retail* fasst die Mobilien-Leasing Geschäfte der VB-Leasing International Gruppe in Mittel- und Osteuropa (VB-Leasing International Holding GmbH) sowie die Geschäfte der Volksbank Romania S.A. zusammen. Im Geschäftsjahr 2013 wurde gemäß der Restrukturierungsvereinbarung der Verkaufsprozess für die VB-Leasing International Holding GmbH eingeleitet. Zur Volksbank Rumänien siehe Punkt 5.3.1 „Volksbank Rumänien“.

5.6 RISIKOMANAGEMENT

5.6.1 Risikobericht

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die Emittentin erfüllt die zentrale Aufgabe der Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken sowohl auf ÖVAG-Konzernebene als auch als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG der Österreichischen Volksbanken-AG und der Primärinstitute des Volksbanken Sektors.

5.6.2 Risikostrategie

Die verbund- und konzernübergreifende Risikostrategie wird - unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Internal Capital Adequacy Assessment Process ("**ICAAP**") - jährlich durch den Vorstand neu bewertet und festgelegt und bildet die Grundlage für einen verbund- und konzernweit einheitlichen Umgang mit Risiken. Weiterentwicklungen in Bezug auf die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risiken gehen über den jährlichen Aktualisierungsprozess in die Risikostrategie ein.

5.6.3 Risikomanagementstruktur

Die Emittentin hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Sicherheit und zur Vermeidung von Interessenkonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Alle Risikoagenden werden von VDir. Michael Mendel in seiner Funktion als Konzernrisikovorstand geleitet. In seinem Vorstandsbereich sind sämtliche zentral gesteuerten und geregelten strategischen und operativen Risikomanagementaktivitäten des ÖVAG Konzerns konzentriert. Aus Gründen der Kosteneffizienz und um Rückflüsse zu optimieren, erfolgt das Forderungsmanagement dezentral in den jeweiligen Teilbereichen und Tochtergesellschaften.

5.6.4 Basel II und III – Umsetzung im ÖVAG Konzern

Die Umsetzung der Säule 1 im ÖVAG Konzern verfolgt nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Daher kommen derzeit folgende Methoden zur Berechnung des Mindestkapitalerfordernisses je Risikoart zur Anwendung:

- Kreditrisiko: Standardansatz. Im Zusammenhang mit der Bildung des Kreditinstituteverbands gemäß § 30a BWG kam es per 30.9.2012 zu einem Rückstieg vom Internal Rating Based Ansatz ("IRB-Ansatz") auf den Standardansatz. Mit der Genehmigung für diesen Rückstieg durch die FMA war die Auflage verbunden, alle Risikomanagementsysteme „IRB-fit“ zu belassen. Eine detaillierte Darstellung der aufsichtsrechtlich genehmigten Ansätze und der Übergangsregelungen erfolgt im Zuge der aufsichtlichen Offenlegung (veröffentlicht auf der Website der Emittentin unter: http://www.volksbank.com/investor_relations/risikomanagement/offenlegung_gem_offenlegungsverordnung).
- Marktrisiko: Die Marktrisikokomponente wird nach dem Standardansatz gerechnet.
- Operationelles Risiko: Das operationelle Risiko wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet.

5.6.5 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der ICAAP verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung, der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip).

Internationaler Best Practise folgend hat der ÖVAG Konzern den ICAAP als einen revolutionierenden Steuerungskreislauf aufgesetzt. Dieser startet mit der Definition einer Risikostrategie, durchläuft dann den Prozess der Risikoidentifikation, -quantifizierung und -aggregation, und schließt mit der Bestimmung der Risikotragfähigkeit, der Kapitalallokation und Limitierung bis hin zur laufenden Risikoüberwachung. Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (täglich für die Risikomesung Marktrisiko Handelsbuch, monatlich für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Diesem Prinzip folgend erhebt der ÖVAG Konzern im Rahmen der verbundweit durchgeführten Risikoinventur regelmäßig, welche Risiken im laufenden Bankbetrieb im Konzern vorhanden sind und welche Bedeutung bzw. welches Gefahrenpotential diese Risiken für

den Konzern haben. Dabei wird nicht nur eine quantitative Einschätzung der einzelnen Risikoarten vorgenommen, sondern es werden auch die vorhandenen Methoden und Systeme zur Überwachung und Steuerung der Risiken beurteilt (qualitative Beurteilung). Im Zuge des Verbund-Risikomanagementprojektes wurde die Risikoinventur 2013 neu konzipiert und im 4. Quartal 2013 verbund- und konzernweit ausgerollt.

Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst und für den Verbund sowie jedes zugeordnete Kreditinstitut und den ÖVAG Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein.

Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP im ÖVAG Konzern ist die Risikotragfähigkeitsrechnung. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt und die Einhaltung der vom ÖVAG Vorstand beschlossenen verbund- und konzernweit gültigen Gesamtbankrisikolimits auf monatlicher Basis überwacht und der Konzernrisikobericht erstellt.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit können unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden, die sich in den drei Sichtweisen widerspiegeln:

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht
- Ökonomische Going Concern Sicht

Die regulatorische Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf CRR/CRD IV und BWG). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

5.6.6 Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden im ÖVAG Konzern folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das Tilgungsträgerrisiko
- das Foreign Exchange ("**FX-Risiko**") von Fremdwährungskrediten
- das Transferrisiko der Cross-Border Finanzierungen
- das Makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer des ÖVAG Konzerns sind, entstehen können.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) versteht der ÖVAG Konzern das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem over the counter (OTC) Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommt und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für den ÖVAG Konzern eintritt.

Unter Tilgungsträgerrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger der angespart wird um eine Forderung zu tilgen nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht die betreffende Finanzierung abzudecken. Diese Lücke zwischen erwartetem Ansparvolumen und aushaftenden Betrags bei Laufzeitenden dient als Orientierung des potentiellen Verlusts.

Das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Das Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Zahlungsaufschubs (Moratoriums) werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch –fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Unter dem Makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt.

Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) ist für Verluste verantwortlich, die sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind Verluste noch nicht schlagend geworden, jedoch die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default - "**PD**") signifikant gestiegen, dass sich daraus potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden, die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen muss.

In allen Einheiten des ÖVAG Konzerns, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen, wobei für die Zusammenarbeit zwischen den Risikomanagementeinheiten in den Tochtergesellschaften und dem Risikomanagement auf Konzernebene eindeutige Abläufe festgelegt wurden. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Konzernrisikomanagements und des Konzernvorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Konzerneinheiten in einen Rahmen fassen.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für das Portfoliomanagement. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme wurde im ÖVAG Konzern insbesondere darauf geachtet, dass alle im Konzern eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallwahrscheinlichkeit aufweisen und mit der VB Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Kreditportfolio und Credit Value at Risk

Der Begriff ökonomisches Kapital bezeichnet das aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Ergebnis einer Risikoschätzung notwendige Risikokapital. Dieses wird wie auch das regulatorische Kapital zur Abdeckung eines über den erwarteten Verlust hinausgehenden unerwarteten Verlustes gehalten. Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk ("**CVaR**") Methodik. Der ÖVAG Konzern hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode, basierend auf einem versicherungsmathematischen Ansatz, entschieden. Im Detail wird für die Modellierung des Ausfallrisikos im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Der CVaR wird auf Konzernebene seit dem 1. Quartal 2010 für folgende Aufgaben eingesetzt:

- Berechnung des CVaRs für einzelne Geschäftsfelder und Kunden
- Erkennen von Portfoliokonzentrationen
- Analyse der Entwicklung des CVaR in Bestands- und Neugeschäft
- Analyse des marginalen Beitrags einzelner Kunden
- Identifikation der wesentlichen Treiber hinter CVaR Veränderungen (zB. Neugeschäft, Exposure at Default ("**EAD**"), Besicherung, Verlustquote, Ausfallrate, Risikofaktor)

Der CVaR für das Kreditrisiko wird im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch noch für folgende Zwecke verwendet:

- Ermittlung des ökonomischen Kapitals
- Herstellen der Vergleichbarkeit der Risikosituation für unterschiedliche Risikoarten (z.B. Kreditrisiko und Marktrisiko)

Die Ergebnisse des CVaR dienen dazu, zusätzliche Informationen für die Portfolioanalyse und -steuerung zu gewinnen. Ein entsprechender monatlicher Report wird erstellt.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Dabei wird im ÖVAG Konzern insbesondere berücksichtigt, dass die Systeme in erster Linie eine Unterstützung für die handelnden Personen darstellen. Neben der Qualität der Methoden wird daher größter Wert auf die Ausbildung, Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiter gelegt.

Kreditrisikoreporting

Das Kreditrisikoreporting der Emittentin erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos des ÖVAG Konzerns und seit 30.09.2012 auch des Kreditinstituts-Verbund gemäß § 30a BWG zu geben. Entsprechende Reports werden für den ÖVAG Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Konzernrisikoberichts und des Verbundrisikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Konzern-Kreditrisikohandbuch

Das Konzern-Kreditrisikohandbuch ("KKRHB") regelt verbindlich das Kreditrisikomanagement im ÖVAG Konzern. Dies umfasst die bestehenden Prozesse und Methoden zur Steuerung, Messung und Überwachung der Kreditrisiken im ÖVAG Konzern.

Ziel des KKRHB ist es, allgemeine und konzernweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Kreditrisiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Das Handbuch bildet die Grundlage für die Operationalisierung der Risikostrategie hinsichtlich der Komponente Kreditrisiko und setzt dabei, ausgehend von den jeweiligen Geschäftsschwerpunkten, die grundsätzlichen Risikoziele und Limite fest, an denen sich Geschäftsentscheidungen orientieren müssen.

Das KKRHB gilt grundsätzlich für alle vollkonsolidierten Gesellschaften sowie für die Volksbank Rumänien. Dies gilt auch für neu hinzukommende vollkonsolidierte Gesellschaften, sobald die Gesellschaft rechtsverbindlich dem Vollkonsolidierungskreis des ÖVAG Konzerns angehört.

Das KKRHB wird regelmäßig erweitert und an die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen des ÖVAG Konzerns adaptiert.

5.6.7 Collateral Management

Im Rahmen des internen Risikomanagements des ÖVAG Konzerns findet für Geschäfte, die auf Basis von Rahmenverträgen (ISDA – International Swaps and Derivatives Association - und zwar standardisierter österreichischer oder deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte) und Credit Support Annex-Verträgen abgeschlossen wurden, ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit derzeit 84 Partnern statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Collateral (Sicherheiten) abgedeckt werden. Repo Geschäfte mit derzeit 81 Vertragspartnern werden ebenso hinsichtlich der Höhe der Sicherheiten überprüft. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgt der Sicherheitentransfer meist in Form von Cash oder ausgewählten Staatsanleihen in Euro. Von den derzeit bestehenden 84 Credit Support Annex-Verträgen wären drei von einer Ratingherabstufung der Emittentin betroffen. Bei einer Verschlechterung des Ratings der Emittentin um zwei Ratingstufen würde durch die Absenkung der Schwelle im schlechtesten Fall ein zusätzlicher Bedarf an Barsicherheiten in der Höhe von ca. EUR 5 Mio. entstehen.

5.6.8 Marktrisiko

Marktrisiko im Handelsbuch

Die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken der Handelsabteilungen des ÖVAG Konzerns wird von der unabhängigen Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement wahrgenommen, die im Bereich strategisches Risikomanagement angesiedelt ist. Neben der täglichen Risiko- und Ertragsdarstellung, der Vorgabe der Limitstruktur auf Basis des vom Vorstand zur Verfügung gestellten ökonomischen Kapitals zählen die Administration der Front-Office Systeme, das Collateral Management, die Weiterentwicklung der Risikomesssysteme und die Überwachung der Marktrisiko- und Kontrahentenlimite zu den Hauptaufgaben der Abteilung. Das Kernstück der Risikoüberwachung ist die tägliche

Schätzung des möglichen Verlustes, der durch ungünstige Marktbewegungen entstehen kann. Diese Value at Risk Berechnungen werden in den Risikomanagementsystemen KVaR+ und Murex nach der Methode der historischen Simulation durchgeführt und umfassen im Wesentlichen die folgenden Berechnungsschritte: Nach erfolgter Identifikation und Definition der in die Modellierung einzubeziehenden Marktrisikofaktoren werden aus den Zeitreihen der Marktrisikofaktoren deren historische Veränderungen ermittelt. Die Methode der historischen Simulation unterstellt die Annahme, dass aus diesen historisch beobachteten Veränderungen die künftigen Veränderungen prognostiziert werden können.

Zur Ermittlung der für die Value at Risk Berechnung erforderlichen künftigen (hypothetischen) Ausprägungen der Marktrisikofaktoren werden jeweils zur aktuellen Ausprägung eines Risikofaktors alternativ die historisch beobachteten Veränderungen zugeschlagen und damit eine hypothetische Verteilung für die künftigen Ausprägungen der einzelnen Marktrisikofaktoren erzeugt. Im nächsten Schritt sind für die derart generierten Szenarien hypothetische Portfoliowerte zu ermitteln, welche zur Berechnung der profit and loss-Verteilung herangezogen werden, indem die Differenzen zwischen hypothetischem künftigen und aktuell beobachtetem Portfoliowert gebildet werden. Der Value at Risk resultiert durch Anwendung des entsprechenden Quantils auf die empirisch ermittelte profit and loss-Verteilung. Die von der Emittentin verwendete Zeitreihenlänge entspricht der gesetzlichen Mindestanforderung von einem Jahr.

Die Höhe des Value at Risk resultiert aus dem 1 % Quantil der hypothetischen profit and loss-Verteilung. Die Emittentin berechnet den Value at Risk für eine Haltedauer von einem Tag.

Die Plausibilität und Verlässlichkeit der Risikokennziffern wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft.

Zentrales Element der Marktrisikosteuerung bildet ein hierarchisches, vom Vorstand genehmigtes Limitsystem. Ein gewünscht hoher Grad der Diversifizierung in den Portfolien und die Strategie des Handels sind wichtige Einflussgrößen für die Entwicklung dieser Limitstruktur. Neben dem Value at Risk werden noch eine Reihe weiterer Risikokennziffern bis auf Abteilungsebene täglich errechnet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennziffern (Delta, Gamma, Vega, Rho).

Volumenslimite für sämtliche Währungen und auch Produktgruppen begrenzen das Liquiditätsrisiko. Zusätzlich existieren noch Management-Action-Trigger und Stop-Loss-Limite. Es stehen die Frontoffice- und Risikomanagementsysteme Kondor+, KVAR+, Murex und Bloomberg Toms für das tägliche Risikocontrolling zur Verfügung. Als Unterstützung für die Bewertung von strukturierten Produkten wird zusätzlich der externe Preisrechner Un-Risk verwendet. Ein umfassendes Positionsdatenmanagement und eine tägliche Kontrolle der Marktdaten gewährleisten eine optimale Datenqualität.

Da Ergebnisauswirkungen von Extremsituationen durch den Value at Risk nicht abgedeckt werden können, werden monatlich oder anlassbezogen Stresstests mit ca. 80 historischen und portfolioabhängigen Worst Case-Szenarien durchgeführt.

Wichtiger Bestandteil des Risikomanagements sind straff organisierte, effiziente Prozesse und Abläufe. Eine besondere Stellung nimmt hierbei der ebenfalls in der Verantwortung der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement stehende Prozess bei Einführung neuer Treasury-Produkte ein.

Sämtliche Regeln und organisatorische Abläufe im Zusammenhang mit der Messung und Überwachung der Marktrisiken sind im Marktrisikohandbuch der Emittentin zusammengefasst. Die Limitstruktur sowie die Eskalationsprozeduren bei Limitüberschreitungen sind darin ebenfalls festgehalten.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein üblicher Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisikowerte eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitalsituation darstellen. Aus diesem Grund ist ein wirkungsvolles Risikomanagement, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit des ÖVAG Konzerns.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien in Form von statischen und dynamischen Reports, welche zusätzlich das Neugeschäft einbinden, zu analysieren.

Risikoberichts- und Risikomesssysteme

Ein Baustein des Reportings ist der Gap Report, welcher auch die Basis für die Zinsrisikostatistik nach der Methode Zinsbindungsbilanz bildet. Zur Ermittlung der Gaps werden zinssensitive Produkte nach ihren Restlaufzeiten bzw. ihren Zinsfestsetzungszeitpunkten den entsprechenden Laufzeitbändern zugeordnet. Nach Ermittlung der Nettopositionen und deren Gewichtung mit den zugehörigen Gewichtungsfaktoren erhält man erste Risikokennzahlen. Wird nun das so ermittelte Barwertrisiko im Verhältnis zu den anrechenbaren Eigenmitteln gesetzt, erhält man eine weitere Risikokennzahl.

Zusätzlich wird ein Gap Report, welcher das Basisrisiko z.B. von Positionen, welche an die Sekundärmarktrendite gebunden sind, durch replizierende Fixzinsportfolios approximiert, erstellt.

Um weitere Kennzahlen zu erhalten werden zusätzlich Barwert Reports erstellt. Neben Parallelverschiebungen kommen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese Szenarien und Stresstests werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit geprüft und können ergänzt oder ersetzt werden.

Das Risikomesssystem erfasst alle wesentlichen Formen der Zinsrisiken wie z.B. Basis- und Optionsrisiken. Alle zinssensitiven Positionen des ÖVAG Konzerns werden einbezogen. Das Risikoreporting findet monatlich statt oder aber ad hoc, wenn immer dies notwendig ist. Das Ziel des Risikomanagements besteht darin, die Zinsrisiken der Bank innerhalb bestimmter, von der Bank selbst festgelegter Parameter zu halten.

Strategische Bankbuchpositionen

Die Strategischen Bankbuchpositionen ("**SBBP**") umfassen im Wesentlichen sämtliche Anleihen, Credit Default Swaps und Verbriefungen. Credit Linked Notes, Fonds, Schuldscheindarlehen, Syndicated Loans, Investment- und Hedgefonds sowie Aktien im Nostro-Bestand des ÖVAG Konzerns werden ebenfalls erfasst, sind aber von untergeordneter Bedeutung. Die Positionen des SBBP werden quartalsweise im Rahmen des Verbund-

und Konzernrisikoreportings dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Das Reporting SBBP gliedert sich in einen Bestands- und in einen Risikoteil, wobei der Risikoteil das Credit Spread-Risiko hinsichtlich eines Value at Risk und hinsichtlich Sensitivitäten adressiert. Auf die Messung des Credit Spread-Risikos ist ein Limitsystem aufgesetzt.

5.6.9 Operationelles Risiko

Der ÖVAG Konzern definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten. Über die bankgesetzlichen Vorschriften hinausgehend werden in der Emittentin ebenso Rechtsrisiken in der Risikobetrachtung berücksichtigt.

Zur Messung operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Das für das Management operationeller Risiken verantwortliche Linienmanagement wird dabei durch die im Strategischen Risikomanagement angesiedelte OpRisk-Control-Funktion unterstützt. Dezentral angesiedelte Business Line Operational Risk Manager in den Geschäftsbereichen, die in einigen Konzernteilbereichen etablierten Risiko Komitees sowie eine enge Zusammenarbeit mit anderen Konzernfunktionen wie Revision, Compliance, Rechtsabteilung und Security-, Safety und Versicherungsmanagement ermöglichen eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

5.6.10 Liquiditätsrisiko

Asset Liability Management und Liquiditätsmanagement

Im operativen Liquiditätsmanagement werden unter Einsatz verschiedener implementierter Instrumentarien sowie Tools die Einhaltung der Vorgaben des Risikomanagements, der gesetzlichen Vorschriften, das tägliche Reporting sowie die Liquiditätsversorgung im kurzfristigen Bereich des ÖVAG Konzerns und des Verbundes sichergestellt.

Das Asset Liability Management - Liquiditätsmanagement umfasst die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und ist sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, strategische Liquiditätsmanagement verantwortlich. Das Liquiditätsmanagement ist die zentrale Stelle im ÖVAG Konzern und im Verbund für alle Liquiditätsfragen. Dazu gehören im Besonderen das Pricing von Liquidität (Transferpricing), das konzern- und verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Verantwortung über die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie.

Zusätzlich wird das Liquiditätsmanagement durch die Liquiditäts- und Fundingstrategie, das Liquiditätshandbuch und das Liquiditätsnotfallshandbuch dokumentiert.

Liquiditätsrisikomanagement

Zur Darstellung des strukturellen Liquiditätsrisikomanagements der Bank erstellt die Abteilung Marktrisiko Bankbuch einen Liquidity Gap Report. Sowohl deterministische und stochastische Kapital cash flows wie auch Zins cash flows von on- und off-balance sheet Produkten werden dabei berücksichtigt. Die cash flows werden zunächst in ihrer Ursprungswährung berechnet bzw. modelliert und anschließend aggregiert und auf EURO

umgerechnet. Mit der GAP-Methodik werden aus den kumulierten Zahlungsströmen Über- und Unterdeckungen identifiziert und analysiert. Der Report visualisiert die netto cash flows pro Laufzeitband, den kumulierten cash flow sowie den Liquiditätspuffer (*Liquidity Buffer*). Der Liquiditätspuffer entspricht dem Belehnwert der unbelasteten bei den Zentralbanken hinterlegten und akzeptierten Assets bzw. Collaterals.

5.6.11 Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht der ÖVAG Konzern das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko für den Konzern wesentlich ist wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

- Ausfallrisiko von Beteiligungen
- Abwertungsrisiko von Beteiligungen
- FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird über das Credit Value at Risk Modell berechnet wobei nicht nur klassische Beteiligungen sondern auch Kredite an diese Beteiligungen die unter das Eigenkapitalersatzgesetz fallen in dieser Risikoart berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird mittels Value at Risk über das interne Marktrisikomodell berechnet.

5.6.12 Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der ÖVAG Konzern dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Ertragsrisiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der ÖVAG Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Ertragsrisiko ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für den ÖVAG Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

Zur Abschirmung der sonstigen Risiken wird daher über das ökonomische Gesamtbankrisikolimit ein Kapitalpuffer definiert.

5.7 HAUPTMÄRKTE

Der Kernmarkt der Emittentin, als Spitzeninstitut der österreichischen Volksbanken, ist Österreich. Darüber hinaus werden noch Dienstleistungen im Geschäftsfeld Non-Core Business im Ausland erbracht (Deutschland, Bosnien Herzegowina, Kroatien, Polen, Republik Serbien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn), wobei die Emittentin plant, diese Geschäfte entweder einzustellen (auslaufen zu lassen) oder zu verkaufen.

5.8 ORGANISATORISCHE STRUKTUR

Die FMA hat mit Bescheid vom 18.09.2012 die Genehmigung für die Bildung eines Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG erteilt. Im April 2012 wurde zwischen der Emittentin (als Zentralorganisation), den zugeordneten Kreditinstituten, und der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (als Haftungsgesellschaft) ein Verbundvertrag abgeschlossen und ist seit 18.09.2012, dem Tag der Genehmigung des Kreditinstitute-Verbundes, gültig.

Der dauerhafte Zusammenschluss führt zu einer aufsichtsrechtlichen Konsolidierung der Primärinstitute und der Zentralorganisation auf Basis von Haftungsübernahmen durch die Primärinstitute und die Zentralorganisation (der "**Haftungsverbund**"), verbunden mit Weisungsrechten der Zentralorganisation zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Verbundes.

Als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes spielt die Emittentin eine zentrale Rolle im Volksbanken-Verbund. Sie ist für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Verbundes verantwortlich und hat insbesondere die Zahlungsfähigkeit und Liquidität des Verbundes zu überwachen (der "**Liquiditätsverbund**"). Die Zentralorganisation kann zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den zugeordneten Kreditinstituten erteilen. Der Volksbanken-Verbund dient daher sowohl dem geregelten Transfer von Liquidität zwischen den Mitgliedern, als auch der wechselseitigen Verhaftung und damit der indirekten Absicherung der Gläubiger aller Mitglieder (siehe Kapitel 5.16 "Wesentliche Verträge").

5.8.1 Liquiditätsverbund

Die Zentralorganisation ist verpflichtet, die Liquidität im Verbund so zu steuern, dass alle maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Vorschriften jederzeit eingehalten werden. Die zugeordneten Kreditinstitute sind verpflichtet, ihre Liquidität nach Maßgabe der generellen Weisungen zu veranlagern. Bei Eintritt eines Liquiditäts-Verbundnotfalls kann auf alle Aktiva der zugeordneten Kreditinstitute zugegriffen werden, um den Notfall zu beheben.

5.8.2 Haftungsverbund

Die Haftungsgesellschaft kann Leistungen zum Beispiel in Form von kurz- und mittelfristigen Liquiditätshilfen, Garantien, und sonstigen Haftungen, nachrangig gestellten Darlehen, Einlösungen fremder Forderungen und Zufuhr von Eigenkapital erbringen. Zugunsten der Haftungsgesellschaft ist für diese Verpflichtungen eine Rückdeckung durch die Banken des Verbundes vorgesehen. Die Verpflichtung der Zentralorganisation zur Leistung von Beiträgen an die Haftungsgesellschaft ist unbegrenzt. Die Beiträge der Mitglieder zu Leistungen der Haftungsgesellschaft sind von der Zentralorganisation und den zugeordne-

ten Kreditinstituten unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der zugeordneten Kreditinstitute und der Zentralorganisation angemessen anteilig aufzubringen.

5.8.3 Volksbanken-Verbund

Der Kreditinstitute-Verbund der Volksbanken (der "**Volksbanken-Verbund**") besteht aus den insgesamt 52 Primärbanken und der Emittentin (siehe die Grafik unter "5.8.5 Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken-Verbundes"). Die Primärbanken des Volksbanken-Verbundes bestehen aus 41 regionalen Volksbanken, 6 Spezialbanken und 4 Hauskreditgenossenschaften sowie einer Bausparkasse (start:bausparkasse e.Gen.). Jede Primärbank verfügt über eine Bankkonzession der FMA. Die Schulze-Delitzsch Haftungsgenossenschaft eG kann als Haftungsgesellschaft des Volksbanken-Verbundes für dessen Mitglieder Leistungen zum Beispiel in Form von kurz- und mittelfristigen Liquiditätshilfen, Garantien, und sonstigen Haftungen, nachrangig gestellten Darlehen, Einlösungen fremder Forderungen und Zufuhr von Eigenkapital erbringen.

Der Volksbanken Sektor (der "**Sektor**") besteht aus 54 Kreditinstituten, nämlich den Primärbanken mit Ausnahme der start:bausparkasse, der Emittentin, der VB Factoring Bank AG und der Volksbank Regio Invest Bank AG.

Die Eigentümer (Mitglieder) der regionalen Volksbanken sind etwa 710.000 überwiegend natürliche Personen. Diesbezüglich unterliegt die Geschäftsleitung der Aufsicht der FMA und bedient sich hierfür eines angemessenen internen Kontrollverfahrens. Neben der internen Kontrolle werden die Aufbau- und Ablauforganisation laufend durch die Interne Revision geprüft. Eine externe Revision (der Österreichische Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (der "**ÖGV**") als Prüfungsverband) nimmt eine Prüfung in Form einer vorgezogenen (Gebärungsprüfung) und einer Hauptprüfung (Bilanzprüfung) jährlich vor. Auf Grundlage des Verbundvertrages erfolgt künftig für jene Bereiche, für die die Emittentin als Zentralorganisation auf konsolidierter Ebene gegenüber der FMA verantwortlich ist, eine Prüfung durch die Verbund-Innenrevision.

Der Volksbanken-Verbund ist ein vertikal organisiertes System, in dem unabhängige Einheiten zusammenarbeiten. Auf der Basis gemeinsamer Ziele nehmen sie bestimmte individuelle Funktionen aus ihrem autonomen Entscheidungsbereich aus und übertragen diese an andere Mitglieder des Volksbanken-Verbundes (Prinzip der Subsidiarität). Dieses Prinzip regelt die Beziehung zwischen den dezentralen Einheiten (regionale Volksbanken) und den zentralen Einheiten: ÖGV und ÖVAG. Die Funktion der zentralen Einheiten ist als zusätzliche Unterstützung für die regionalen Volksbanken gedacht.

Der ÖGV wurde 1872 gegründet. Jedes Kreditinstitut innerhalb des Volksbanken-Verbundes ist Mitglied des ÖGV, wobei auch Genossenschaften außerhalb des Finanzbereichs (aus Industrie und Gewerbe) zu den Mitgliedern zählen. Der Bereich Gruppe "Kredit" des ÖGV, der aus den Finanzinstituten des Volksbanken-Verbundes (einschließlich der Emittentin) besteht, nimmt eine Schlüsselposition bei der Koordinierung des Volksbanken-Verbundes ein und zeichnet alleinverantwortlich für die Verwaltung des Gemeinschaftsfonds des Volksbanken-Verbundes.

Delegiertenrat: Auf Grundlage des Verbundvertrages wurde als zusätzliches Organ der Emittentin der Delegiertenrat eingerichtet. Der Delegiertenrat besteht aus mindestens fünf und höchstens 20 Mitgliedern, die nicht zugleich Mitglieder des Vorstandes oder Aufsichtsrates der Emittentin sein dürfen. Der Delegiertenrat dient der Beratung des Vorstandes und Aufsichtsrates und beschäftigt sich gemäß dem Verbundvertrag insbesondere mit folgenden Themen:

- Beschlussfassung über die generellen Weisungen;
- Zustimmung zu Beitritten von Kreditinstituten;
- Zustimmung zur Ergreifung von Maßnahmen durch die ÖVAG als Zentralorganisation zur Durchsetzung der Weisungen;
- Beratung und Unterstützung des Aufsichtsrates bei der Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und vertraglichen Aufgaben und Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes; und
- Funktion der Schlichtungsstelle.

5.8.4 Abhängigkeit innerhalb des Volksbanken Verbundes

Die Emittentin ist eine Aktiengesellschaft und von ihren Aktionären (siehe Punkt "5.13 Aktionäre der Emittentin") abhängig. Die regionalen Volksbanken sind durch die Volksbanken Holding eGen mit 51,6 % an der Emittentin beteiligt. Daher haben die regionalen Volksbanken über die Volksbanken Holding eGen einen signifikanten Einfluss auf die Emittentin.

5.8.5 Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken Verbundes



*) Die 52 Primärbanken sind indirekt über die Volksbanken Holding eGen mit ca. 51,6 % an der Emittentin beteiligt. Die rechtlich selbständigen Primärbanken und die Emittentin haben sich zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG zusammengeschlossen und bilden seit 18.09.2012 einen gemeinsamen Liquiditäts- und Haftungsverbund.

**) Die Anzahl der Primärbanken wird sich künftig aufgrund von Fusionen reduzieren

(Quelle: Eigene Angaben der Emittentin)

5.9 TRENDINFORMATIONEN

Wesentliche negative Veränderungen in den Aussichten der Emittentin

Abgesehen von dem im Punkt "5.3 Aktuelle Entwicklungen" dargelegtem, hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin seit dem letzten geprüften Jahresabschluss 2013 gegeben. Zu Informationen, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen kann, siehe auch "5.3 Aktuelle Entwicklungen".

5.10 ERWARTETER ODER GESCHÄTZTER GEWINN

Angaben zum erwarteten oder geschätzten Gewinn werden in dem Prospekt nicht gemacht.

5.11 VERWALTUNGS-, LEITUNGS- UND AUFSICHTSORGANE

5.11.1 Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane

NAME	FUNKTIONEN außerhalb der ÖVAG
VORSTAND	
Stephan KOREN Vorsitzender des Vorstandes	Aufsichtsrat WIENER STADTWERKE Holding AG Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. Wüstenrot Wohnungswirtschaft GmbH SCHULZE-DELITZSCH-HAFTUNGS- GENOSSENSCHAFT eG Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H. Vorstand Wiener Wirtschafts-&Technologiefond (WWTF) Bankwissenschaftliche Gesellschaft Gesellschaft der Freunde der bildenden Künste
Rainer BORNS Mitglied des Vorstandes	Aufsichtsrat ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH Bank für Ärzte und Freie Berufe Aktiengesellschaft ERGO Versicherung Aktiengesellschaft Volksbank-Quadrat Bank AG Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. Volksbank Obersteiermark e.Gen. VB Factoring Bank Aktiengesellschaft start:bausparkasse e.Gen. Volksbank Versicherungsdienst-Gesellschaft m.b.H.

Sonstiges

Mitglied des Verwaltungsausschusses des Gemeinschaftsfonds

Mitglied des Volksbanken Organisations-Ausschuss

Mitglied des Beirates der Volksbanken Akademie

Mitglied des Beirates des ARZ

Mitglied des Kooperationskomitees der Ergo Versicherungs AG

Vorsitzender des Beirates des VB Services für Banken Ges.m.b.H.

Michael MENDEL

Mitglied des Vorstandes

Aufsichtsrat

VB-Leasing International Holding GmbH

RHÖN-KLINIKUM AG

Volksbank Romania S.A.

Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG

Christoph RANINGER

Mitglied des Vorstandes

Aufsichtsrat

VICTORIA-VOLKSBANKEN-Vorsorgekasse AG

Volksbank Romania S.A.

Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eG

Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Volksbank Romania S.A.

AUFSICHTSRAT

Wolfgang AGLER

vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandtes Mitglied

Susanne ALTHALER

Aufsichtsrat

Wiener Privatbank SE

Gabriele BAUER

vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandtes Mitglied

Richard ECKER

Vorstand

Volksbanken Holding eGen

Volksbank Schärading eG

Aufsichtsrat

TGZ Technologie- und Gründerzentrum Schärading GmbH

VERAG Spedition AG

Volksbank-Quadrat Bank AG

Geschäftsführer

Realitäten Beteiligungs-GmbH

Hermann EHINGER

vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandtes Mitglied

Markus HÖRMANN

Vorstand

HAGEBANK TIROL Holding, eingetragene Genossenschaft

Volksbank Tirol Innsbruck-Schwarz AG

Volksbanken Holding eGen

Aufsichtsrat

Volksbank Wien-Baden AG

Geschäftsführer

Meinhardgarage Gesellschaft m.b.H.
Volksbank Tirol Innsbruck-Schwarz Versicherungs-
service GmbH

Rainer KUHNLE

Erster Vorsitzender-Stellvertreter

Vorstand

VB Wien Beteiligung eG
Volksbank Krems-Zwettl Aktiengesellschaft
Verwaltungsgenossenschaft der Volksbank Krems-
Zwettl registrierte Genossenschaft mit beschränkter
Haftung
Volksbanken Holding eGen

Aufsichtsrat

Volksbank Wien-Baden AG

Geschäftsführer

VB – REAL Volksbank Krems-Zwettl Immobilien-
und Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H.

Hans LANG

vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandtes Mit-
glied

Klaus LIEBSCHER

Vorsitzender

Aufsichtsrat

Kommunalkredit Austria AG
KA Finanz AG
Bank Winter & Co Aktiengesellschaft
Internationale Bank für Außenhandel Aktiengesell-
schaft

Vorstand

FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft
des Bundes
Privatstiftung der Gemeinschaft der Freunde Wüs-
tenrot

Sonstiges

Präsident Österreichische Gesellschaft für Europa-
politik
Präsident Freunde von Mariazell
Vizepräsident Jerusalem Foundation
Vizepräsident Austrian Center Hebräische Universi-
tät Jerusalem
Verein der Freunde des Archivs des Musikvereins
Kuratorium Kardinal König Stiftung
Kuratorium Pro-Oriente Stiftung
Kuratorium Theater in der Josefstadt

Birgit NOGGLER

Vorstand

IMMOFINANZ AG

Aufsichtsrat

Aviso Zeta AG

Geschäftsführer

Aviso Delta GmbH

Business Park Beteiligungs GmbH
Dionysos Immobilien GmbH
GENA DREI Immobilienholding GmbH
I-E Immoeast Real Estate GmbH
I-E-H Holding GmbH
I-E-H Immoeast Holding GmbH
IMBEA IMMOEAST Beteiligungsverwaltung AG
IMMOASIA IMMOBILIEN ANLAGEN GMBH
IMMOEAST ALLEGRO Beteiligungs GmbH
IMMOEAST Acquisition & Management GmbH
IMMOEAST Beteiligungs GmbH
IMMOEAST Immobilien GmbH
IMMOEAST PRESTO Beteiligungs GmbH
IMMOEAST Projekt ALMANSOR Holding GmbH
IMMOEAST Projekt ALMARIA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt AMFORTAS Holding GmbH
IMMOEAST Projekt ANDROMACHE Holding GmbH
IMMOEAST Projekt ANNIUS Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Alpha Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Aries Holding GmbH
IMMOEAST Projekt BABEKAN Holding GmbH
IMMOEAST Projekt BARBARINA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt CIMAROSA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt CINNA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt CURZIO Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Caelum Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Centesimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Cepheus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Circinus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Cygnus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt DESPINA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt DORABELLA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Decimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Delta Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Ducentesimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Epsilon Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Equuleus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Eridanus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt FENENA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Gamma Holding GmbH
IMMOEAST Projekt HYLAS Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Hydrus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt HÜON Holding GmbH
IMMOEAST Projekt IDAMANTES Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Jota Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Kappa Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Lambda Holding GmbH
IMMOEAST Projekt MARCELLINA Holding GmbH
IMMOEAST Projekt MASETTO Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Moskau Holding GmbH
IMMOEAST Projekt NARBAL Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Nonus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Octavus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Octogesimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Omega Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Quadragesimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Quindecimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt RADAMES Holding GmbH
IMMOEAST Projekt ROSCHANA Holding GmbH

IMMOEAST Projekt SEMOS Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Secundus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Septendecimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Septimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Sexagesimus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Sextus Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Sita Holding GmbH
IMMOEAST Projekt TITUREL Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Trecenti Holding GmbH
IMMOEAST Projekt Vicesimus Holding GmbH
IMMOFINANZ Immobilien Vermietungs-Gesellschaft
m.b.H.
IMMOWEST Beteiligungs GmbH
IMMOWEST IMMOBILIEN ANLAGEN GMBH
Immofinanz Corporate Finance Consulting GmbH
ProEast Holding GmbH
STEPHANSHOF Liegenschaftsverwaltungs-
gesellschaft m.b.H.
Stop.Shop Holding GmbH

Josef PREISSL

Vorstand

Volksbanken Holding eGen
Volksbank Wien-Baden AG

Aufsichtsrat

IMMO-BANK Aktiengesellschaft
start:bausparkasse e.Gen.

Edwin REITER

Vorstand

VOLKSBANK OBERKÄRNTEN registrierte Genos-
senschaft mit beschränkter Haftung
Volksbanken Holding eGen

Aufsichtsrat

Bad Kleinkirchheimer Bergbahnen Holding AG

Thomas STEINER

Geschäftsführer

Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
Stellvertretendes Aufsichtsorgan im Vorstand des
Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

Sonstiges

Regierungskommissär bei der Raiffeisenlandesbank
NÖ-Wien

Matthäus THUN-HOHENSTEIN

vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandtes Mit-
glied

Aufsichtsrat

Collegialität Versicherungsverein Privatstiftung

Vorstand

Verein Family Business

Franz ZWICKL

Zweiter Vorsitzender-Stellvertreter

Vorstand

Mischek Privatstiftung
Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten
Venus Privatstiftung

Österreichische Gewerkschaftliche Solidarität Privatstiftung
Wiener Wissenschafts-Forschungs- und Technologiefond (WWTF)
Franz Zwickl & Co Immobilienverwaltung OG

Aufsichtsrat

CA Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft
Österreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft
card complete Service Bank AG
Österreichisches Verkehrsbüro Aktiengesellschaft
Volksbank Romania S.A.

Geschäftsführer

API Besitz GmbH
AVZ Finanz-Holding GmbH
AVZ GmbH
AVZ Holding GmbH
LVBG Luftverkehrsbeteiligung GmbH
STANREAL Immobilienbeteiligungs GmbH

Die Geschäftsanschrift aller Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats lautet Kolingasse 14-16, A-1090 Wien, Österreich.

5.11.2 Interessenskonflikte

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates und des oberen Managements der Emittentin haben innerhalb des Kreditinstitute-Verbundes weitere Funktionen inne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen und Unternehmen Interessenskonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und/oder den Wertpapierinhabern liegen.

Hinsichtlich der oben aufgelisteten Personen hat die Emittentin keine Kenntnis von Interessenskonflikten zwischen deren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin und ihren privaten oder sonstigen Interessen.

5.12 GRUNDKAPITAL

Das Grundkapital der Emittentin beträgt EUR 577.328.623,46 und ist zerlegt in 264.708.218 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien mit Stimmrecht, die sich aufteilen in 264.708.208 Stück auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien mit Stimmrecht sowie in 10 Stück vinkulierte auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien mit Stimmrecht. Jede Aktie ist am Grundkapital im gleichen Umfang beteiligt.

5.13 AKTIONÄRE DER EMITTENTIN

Die Anteilsverhältnisse sind wie folgt:

Aktionäre	Beteiligung in Prozent
Volksbanken Holding eGen	51,6 %
Republik Österreich	43,3 %
DZ Bank AG	3,8 %
RZB	0,9 %

Sonstige

0,4 %

51,6 % der Aktien der ÖVAG werden durch die Volksbanken Holding eGen von den regionalen Volksbanken gehalten, welche somit einen signifikanten Einfluss auf die Emittentin ausüben. Die Organe der Emittentin sind im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtungen der Emittentin gegenüber verpflichtet dafür zu sorgen, dass es zu keinem Missbrauch der Kontrolle, dh der kontrollierenden Beherrschung, kommt. Dafür haften die Organe der Emittentin auch im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtungen. Maßnahmen der Emittentin zum Schutz vor Missbrauch sind daher die gesetzlich vorgeschriebenen und durch den Aufsichtsrat und Vorstand der Emittentin wahrzunehmenden Kontroll- und Aufsichtstätigkeiten sowie die aktienrechtlich zwingend vorgesehene Weisungsfreiheit des Vorstands und des Aufsichtsrats der Emittentin als österreichische Aktiengesellschaft.

5.14 FINANZINFORMATIONEN ZUR EMITTENTIN

5.14.1 Historische Finanzinformationen

Die jüngsten geprüften Finanzinformationen stammen aus dem Jahresabschluss 2013 der Emittentin. Die Jahresabschlüsse 2012 und 2013 der Emittentin sind per Verweis in diesen Prospekt aufgenommen.

Die nachfolgenden Positionen der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung (die "GuV") stellen Auszüge aus dem Jahresabschluss 2013 dar:

Bilanz in EUR Tausend	31.12.2013	31.12.2012¹
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	5.798.139	7.270.203
Forderungen an Kunden (brutto)	7.081.347	10.039.571
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.707.002	9.834.518
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.148.440	2.542.128
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.084.825	9.935.036
Eigenkapital	1.221.412	1.292.677
Bilanzsumme	20.904.109	27.640.232

GuV in EUR Tausend	1-12/2013	1-12/2012¹
Zinsüberschuss	188.586	222.149
Risikovorsorge	-23.462	-366.916
Provisionsüberschuss	30.246	58.208
Handelsergebnis	8.434	32.195
Verwaltungsaufwand	-249.783	-261.453
Sonstiges betriebliches Ergebnis	156.665	755.154
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-48.913	26.863
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	15.308	48.646
Jahresergebnis vor Steuern	-48.982	512.994
Jahresergebnis nach Steuern	-73.385	446.760
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernperiode)	-100.009	418.696

den- bzw. jahresergebnis)

¹Die Vergleichszahlen in der Bilanz zum 31.12.2012 und die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung für 2012 wurden gem. IAS 8.41 angepasst.

(Quelle: Jahresabschluss der Emittentin 2013.)

5.14.2 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin

Zu den wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin, die seit dem Jahresabschluss 2013 bis zur Prospektbilligung eingetreten sind, siehe Punkt "5.3 Aktuelle Entwicklungen".

5.14.3 Bestätigungsvermerke

Der Abschlussprüfer, die KPMG Austria AG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Österreich, Schönbrunner Straße 222-228/1/6, 1120 Wien, Österreich) mit der Anschrift Porzellangasse 51, 1090 Wien, Österreich hat die Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2013 und zum 31.12.2012 geprüft und uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt. Die Bestätigungsvermerke (Berichte der Abschlussprüfer) der geprüften Jahresabschlüsse 2013 und 2012 sind durch Verweis in den Prospekt aufgenommen.

Der Abschlussprüfer weist im Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss 2013, ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, auf die Ausführungen des Vorstands zur Unternehmensfortführung insbesondere zur Erfüllbarkeit aufsichtsrechtlicher Eigenmittelquoten im Anhang zum Jahresabschluss 2013 in Kapitel 1 (siehe auch dazu Punkt 5.3.3 „Umstrukturierungsmaßnahmen der Emittentin“ und Punkt 5.3.4 „Joint Risk Assessment and Decision (JRAD-Verfahren)“) sowie auf die Bewertung der bestehenden Refinanzierungslinien für die Volksbank Rumänien in Höhe von EUR 825,5 Mio. hin.

Der Abschlussprüfer weist im Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss 2012, ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, auf die Ausführungen des Vorstands zur Unternehmensfortführung im Anhang zum Jahresabschluss 2012 in Kapitel 1 (siehe auch dazu Punkt 5.3.3 „Umstrukturierungsmaßnahmen der Emittentin“) sowie auf die Bewertung der bestehenden Refinanzierungslinien für die Volksbank Romania S.A. im Betrag von EUR 1,4 Mrd. hin.

5.15 RECHTS- UND SCHIEDSVERFAHREN

Es bestehen keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die im Zeitraum der mindestens letzten zwölf Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder des ÖVAG Konzerns auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Die Emittentin und ihre Tochtergesellschaften sind in diversen Rechtsstreitigkeiten, Verwaltungs- oder Schiedsverfahren vor verschiedenen Gerichten und Verwaltungsbehörden involviert, die im Zuge ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bzw. im Zusammenhang mit dem von ihr betriebenen Abbau von Assets auftreten, und die vertragliche, arbeitsrechtli-

che und andere Angelegenheiten betreffen und sich nicht erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder des ÖVAG Konzerns auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

Im Nachgang zu der Kapitalherabsetzung der Emittentin im Jahr 2012 ist es zu Nachfragen und vereinzelt auch zu Beschwerden bzw. gerichtlichen Klagen betroffener Anleger gekommen. Es ist nach Ansicht der Emittentin nicht auszuschließen, dass es zu weiteren Klagen betroffener Anleger gegen die Emittentin kommen kann.

Mehrere Anleger haben diesbezüglich eine Sachverhaltsdarstellung bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft eingebracht, in welcher der ÖVAG vorgeworfen wird, die Öffentlichkeit im Vorfeld der Kapitalherabsetzung falsch informiert zu haben. Gemeinsam mit einer Sachverhaltsdarstellung eines ehemaligen Mitarbeiters der ÖVAG ist dies Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens, in welchem gegen ehemalige und aktive Mitarbeiter der Emittentin sowie (nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz) gegen die ÖVAG selbst und ehemalige Vorstandsmitglieder Ermittlungen geführt werden.

5.16 WESENTLICHE VERTRÄGE

Die Emittentin hat folgende wesentliche Verträge abgeschlossen:

Verbundvertrag

Für die Bildung eines Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG mit den Kernelementen Liquiditätsverbund, Haftungsverbund und Weisungen wurde im April 2012 ein Verbundvertrag zwischen der ÖVAG (als Zentralorganisation), den zugeordneten Kreditinstituten und der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (als Haftungsgesellschaft) abgeschlossen. Der Verbundvertrag wurde mit Genehmigung des Kreditinstitute-Verbundes am 18.09.2012 wirksam. An der Spitze des Kreditinstitute-Verbundes steht die ÖVAG als Zentralorganisation. Zu den der Zentralorganisation zugeordneten Kreditinstituten zählen jene Volksbanken, die den Verbundvertrag unterzeichnet und dadurch diesem beigetreten sind. Die zugeordneten Kreditinstitute nehmen am Liquiditäts- und Haftungsverbund teil. An der Spitze des Haftungsverbundes steht die Schulze-Delitzsch Haftungsgenossenschaft (als Haftungsgesellschaft). Die ÖVAG (als Zentralorganisation) und die zugeordneten Kreditinstitute schließen sich durch den Verbundvertrag über die Haftungsgesellschaft zu einem Haftungsverbund zusammen.

Der Verbundvertrag führt zu einer aufsichtsrechtlichen Konsolidierung der Zentralorganisation und der zugeordneten Kreditinstitute auf Basis von Haftungsübernahmen, verbunden mit generellen Weisungsrechten. Die Zentralorganisation kann zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den zugeordneten Kreditinstituten erteilen. Die generellen Weisungen legen allgemeine Vorgaben (in den Bereichen der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Solvabilität und Liquidität des Verbundes; administrative, technische und finanzielle Beaufsichtigung oder Risikobewertung) für den gesamten Verbund fest. Individuelle Weisungen können von der Zentralorganisation im Falle eines Verstoßes gegen generelle Weisungen zur Wiederherstellung des vertraglichen und gesetzlichen Zustandes im Kreditinstitute-Verbundes erlassen werden. Der Verbundvertrag dient sowohl dem geregelten Transfer von Liquidität zwischen den Mitgliedern (Liquiditätsverbund) als auch der Erbringung sonstiger Leistungen zwischen den Mitgliedern (Haftungsverbund) und damit der indirekten Absicherung der Gläubiger aller Mitglieder.

Restrukturierungsvereinbarung

Die ÖVAG, ihre zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Restrukturierungsvereinbarung wesentlichen Aktionäre, die Volksbanken Holding e.Gen., die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main ("**DZ Bank AG**"), die Ergo Versicherungsgruppe AG ("**ERGO**") und die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG ("**RZB**"), und die Republik Österreich (der „**Bund**") haben am 26.04.2012 eine Restrukturierungsvereinbarung zur nachhaltigen Stabilisierung der ÖVAG abgeschlossen. Im Rahmen dieser Restrukturierungsvereinbarung hat sich die Emittentin solange der Bund an der Emittentin beteiligt ist dem Bund gegenüber zu einer Reduktion des Geschäftsvolumens, insbesondere der risikogewichteten Aktiva verpflichtet. Die wesentlichen Inhalte der Restrukturierungsvereinbarung sind:

Leistungen und Maßnahmen der Vertragspartner der Restrukturierungsvereinbarung

Der Bund hat neue Aktien der Emittentin im Betrag von ca. EUR 250 Mio. gezeichnet. Darüber hinaus hat er, soweit erforderlich, eine Haftung als Ausfallbürgen für bestimmte Vermögensgegenstände der Emittentin bis zu einem Gesamtnominal von EUR 100 Mio. übernommen. Der Bund hat mit EUR 700 Mio. des von ihm gezeichneten Partizipationskapitals an der Kapitalherabsetzung teilgenommen.

Die Volksbanken haben neue Aktien der Emittentin im Betrag von ca. EUR 234 Mio. gezeichnet. Die Volksbanken stellen die Leistung des Haftungsentgelts für die Ausfallbürgenschaft des Bundes sicher, ebenso ab 2018 unter bestimmten Voraussetzungen die Abschichtung des vom Bund gezeichneten restlichen Partizipationskapitals an der Emittentin (EUR 300 Mio). Die Volksbanken haben den Verbundvertrag abgeschlossen und sind somit dem Kreditinstitute-Verbund beigetreten. Solange der Bund Aktionär oder Partizipant oder Garant für Verbindlichkeiten der Emittentin ist, gilt ein Ausschüttungsverbot aus dem Verbund (mit bestimmten Ausnahmen) bis einschließlich für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2017 endet. Die Volksbanken verzichten auf den Dividendenvorzug. Sie haben an dem Kapitalschnitt teilgenommen.

Die DZ Bank AG hat sich dazu verpflichtet, die bereitgestellten Liquiditätslinien in der Volksbank Rumänien und der VB-Leasing International Holding GmbH zu belassen. Die DZ Bank AG wird bestmöglich beim Verkauf der Anteile an der Volksbank Rumänien und der VB-Leasing International Holding GmbH ("**VBLI**") unterstützen und mitwirken. Die DZ Bank AG hat die Assets der Filiale Frankfurt der IK im Umfang von EUR 400 Mio. zu Nominale übernommen. Die DZ Bank AG hat als Aktionär an der Kapitalherabsetzung teilgenommen.

Die ERGO hat sich verpflichtet, die an die Emittentin bereitgestellten Liquiditätslinien zu belassen (bei down-grading von Emittentin unter Investment Grade kann ERGO unter bestimmten Voraussetzungen kündigen). Die ERGO wird bestmöglich beim Verkauf der Anteile an der Volksbank Rumänien und der VBLI unterstützen und mitwirken. Die ERGO wird die Kooperation mit den Volksbanken im Versicherungsbereich fortsetzen (Vertrieb von Versicherungsprodukten, Veranlagung in Finanzinstrumenten von der Emittentin, kein Verkauf dieser Finanzinstrumente außer bei Verlust von Investment Grade Rating). Die ERGO hat als Aktionär an der Kapitalherabsetzung teilgenommen.

Die RZB hat sich verpflichtet, Maßnahmen zu setzen, die bei der Emittentin zu einer positiven Eigenmittelwirkung von EUR 100 Mio. führen und EUR 500 Mio. Liquiditätszufluss bewirken. In Anrechnung auf diese Verpflichtung hat die Raiffeisen-Gruppe (die RZB, die Raiffeisen Bank International AG und einige Raiffeisen Landesbanken) bereits Kredite und Fi-

nanztermingeschäfte übernommen. Die RZB hat als Aktionär an der Kapitalherabsetzung teilgenommen.

Die Emittentin ist bereit, ihre RZB Beteiligung zu verkaufen, wenn die Emittentin dadurch keinen Buchwertverlust erleidet. Die Emittentin wird ihre Anteile an der Volksbank Rumänien und der VBLI so rasch und werthaltig wie möglich verkaufen.

Im März 2013 hat die Republik Österreich eine Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) zu Gunsten der ÖVAG im Höchstbetrag von EUR 100 Mio. abgegeben, die rückwirkend mit 31.12.2012 wirksam wurde. Die Asset-Garantie ist befristet bis maximal 31.12.2015.

Zeichnung von Partizipationskapital durch die Republik Österreich

Im März 2009 unterzeichnete die Emittentin eine Grundsatzvereinbarung mit der Republik Österreich über die Zeichnung von Partizipationskapital durch die Republik Österreich (welches derzeit gemäß BWG als Tier 1-Kapital angerechnet wird). Entsprechend der Grundsatzvereinbarung hat die Emittentin Partizipationskapital mit einem Gesamtnominalwert von EUR 1 Milliarde an die Republik Österreich ausgegeben. Die Grundsatzvereinbarung beinhaltet bestimmte Zusagen und Verpflichtungen gegenüber der Republik Österreich betreffend die Ausgabe des Partizipationskapitals und die Führung der Emittentin für die Dauer der Laufzeit des von der Republik Österreich gehaltenen Partizipationskapitals. Sofern die Emittentin entscheidet, Zahlung auf diese Partizipationsscheine vorzunehmen, werden die Inhaber der Partizipationsscheine am Jahresgewinn der Emittentin beteiligt. Durch den Kapitalschnitt im Jahr 2012 hat sich das Gesamtnominale um 70 % reduziert.

Einstellung von Hypothekarforderungen in den Deckungsstock der Emittentin

Die Emittentin schließt laufend Treuhandverträge innerhalb des Volksbanken-Verbundes hinsichtlich der Einstellung von Hypothekarforderungen der regionalen Volksbanken in den Deckungsstock der Emittentin auf unbestimmte Zeit gemäß § 1 Abs 5 Z 2 des Gesetzes betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen ab. Der Treuhandvertrag kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zehn Tagen zum Monatsletzten gekündigt werden. Für die auf Grundlage des Treuhandvertrages bis zum Kündigungszeitpunkt bereits in Deckung genommenen Forderungen, gelten die Bestimmungen des Treuhandvertrages jedoch weiterhin, bis die dazugehörigen fundierten Schuldverschreibungen der Emittentin getilgt werden.

Sollte die Treuhandschaft der regionalen Volksbanken für die Emittentin, etwa durch Kündigung des Treuhandvertrages seitens der regionalen Volksbanken, beendet werden, bleiben die Zustimmung der regionalen Volksbanken zur Aufnahme der Forderungen in den Deckungsstock der Emittentin und die Bestimmungen des Treuhandvertrages davon unberührt. Die regionalen Volksbanken sind daher nicht berechtigt, die Übertragung der betreffenden Forderung zu verlangen, solange die Forderung in den Deckungsstock der Emittentin eingestellt ist.

Abgesehen von dem oben Dargelegtem hat die Emittentin keine wesentlichen Verträge außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abgeschlossen, die die Fähigkeit der Emittentin oder des ÖVAG Konzerns, ihre Verpflichtungen gegenüber den Inhabern der abgegebenen Schuldverschreibungen zu erfüllen, beeinträchtigen können.

5.17 EINSEHBARE DOKUMENTE

Die Satzung der Emittentin und die geprüften Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und zum 31.12.2012, die Zwischenmitteilung zum 30.09.2014 sowie der Halbjahres-Finanzbericht zum 30.06.2014 sind während der Gültigkeitsdauer dieses Prospekts am Sitz der Emittentin, während der üblichen Geschäftszeiten, kostenlos verfügbar.

Dieser Prospekt und etwaige Nachträge zum Prospekt sind während der Gültigkeitsdauer dieses Prospekts am Sitz der Emittentin, während der üblichen Geschäftszeiten und in elektronischer Form auf der Internetseite der Emittentin unter <http://www.volksbank.com/prospekt> kostenlos verfügbar.